

Bezugspreis:

Wochenschrift 10,50 M., monatlich 3,20 M. frei im Haus...

Telegramm-Adresse:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die abgegebene Anzeigenliste betragt 1,20 M....

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Stillelegung der Vulkanwerft.

Der französische Wahlkampf.

Genosse Wiegand-Amsterdam, einer der Führer der holländischen Sozialdemokratie...

Eine Eigenart des jetzt abgelaufenen Wahlkampfes in Frankreich war die, daß in der letzten Woche die Pariser Presse fehlte...

Durch den Ausfall des schriftlichen Kampfes, welcher durch die Flugblätter und die Plakate nicht ersetzt werden konnte...

Danach war es unerkennbar, daß die Sammlungspolitik der Mittelparteien einen großen Erfolg versprach...

Als der Wahltag heranrückte, hatte sich die Mehrheit Clemenceaus, welche nicht nur aus diesen Gruppen, sondern auch aus der Rechten zusammengesetzt war...

Diese Kombination, im allgemeinen bekannt unter dem Namen „nationaler republikanischer Block“...

Die nationale Dankbarkeit für den erstrittenen Waffenstillstand hat zum großen Teil die Wahlen bestimmt.

Aber viel, vielleicht noch mehr, hat dazu beigetragen die Tatsache, daß die französischen Sozialisten sich in den letzten Zeiten mehr und mehr mit dem Bolschewismus solidarisch erklärt hatten...

Einer dieser Journalisten, der in Paris unbedingt großen Einfluß ausgeübt hat...

Der Krach auf der Vulkanwerft.

Die Hamburger Vulkan-Werke haben die Angestellten der Lohn- und Nachrechnungsbureaus aufgefordert...

Bisher sind keinerlei Ruhestörungen vorgekommen. Von dem Garnisonstestament wurden keine besonderen Maßnahmen getroffen...

Die Vulkan-Werke hielten eine Vorbesprechung mit dem Arbeiterrat ab, deren Ergebnis noch nicht vorliegt.

Mißglückte Flucht.

Britische Zerstörer haben bei Kiel zwei Schlepper abgefangen und geleitet sie mit den deutschen Besatzungen an Bord in den Hafen von Dover...

Die Vlamenverfolgung.

Von den 93 Mitgliedern des Rats von Flandern sind sieben in die Hände der belgischen Justiz gefallen...

Das Kabinett Delacroix soll jetzt gebildet sein. Der Sozialist Defrèze wird Minister für Kunst und Wissenschaft.

Völkerverbundkonferenz.

Am Montag trat in Brüssel eine Konferenz für den Völkerverbund zusammen, an der Vertreter aus assoziierten und assoziierten Staaten teilnahmen...

Verhandlungen in Bitterfeld.

Die Verhandlungen, von denen wir im letzten Abendblatt Mitteilung machten, sind am Nachmittag und Abend des Montag fortgesetzt worden.

Die Arbeitervertreter haben sich damit einverstanden erklärt, daß vier Kollegen, denen schwere Gewalttaten nachgewiesen sind, nicht wieder eingestellt werden...

Die Verhandlungen der übrigen Punkte werden am Dienstag weitergeführt.

Bappenhaimer und seine Feder ist scharf. Die gewaltige Verbreitung der „Presse de Paris“, welche eine Auflage von 4 Millionen erreichte...

So hat man die große Masse der Wähler zusammengebracht und sich dabei vornehmlich auf die Bauernschaft

geführt. In allen Ländern der Welt hat der Bauer vom Krieg profitiert. Seine Produkte sind überall in ungemein großer Menge vorhanden...

Aber auch die Arbeiter haben zu Tausenden „national“ gewählt. Die bedeutungsvollste Tatsache in dieser Hinsicht ist der Ausgang des Kampfes in den Pariser Vororten...

In anderen Pariser Kreisen entrannen die Sozialisten der gleichen Gefahr nur durch den Einfluß dissidenter Listen. So brachte die Liste Millerands im 2. Kreis nur 5000 Stimmen mehr...

Wenn meine Rechnung richtig ist, dann hat die sozialistische Partei — die Stimmen der Pariser Dissidenten mitgerechnet — ungefähr 22 Proz. von allen Stimmen bekommen...

Dieses System treibt zur Koalition. Die Stimmung, die in Frankreich herrscht, machte es möglich, daß die ganze große Mittelschicht sich unter dem Patronat von Clemenceau zusammenfand...

Natürlich wird jetzt viel gebrodelt über das, was jetzt kommen wird. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß Clemenceau sich im Februar als Präsident der Republik wählen lassen und daß als Führer der Mehrheit Millerand auftreten wird...

Für Deutschland verspricht der Wahlausfall im ganzen nicht viel Gutes. Eines ist aber zu erwarten, daß jetzt wo man nicht mehr die nationalistische Stimmung aus Wählerrückständen anzureden braucht...

Und doch die leidenden Völker wieder zur Annäherung bringen wird. Und dann ist zu hoffen, daß das neue demokratische Deutschland in Frankreich die Anerkennung finden wird, welche das Interesse Europas erfordert.

Die Frauenreferate.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landtagsversammlung hat bei der Regierung angefragt, ob sie bereit ist, bis zur Schaffung von Einrichtungen auf Grund des in Vorbereitung befindlichen Reichswohlfahrtsgesetzes die Fürsorgearbeit der früheren Frauenreferate ohne eine im hohen Grade schädigende Unterbrechung fortzuführen und die Frauenreferate mit selbständigen Befugnissen den Provinzialbehörden unversüßlich anzugliedern und, wo sie aufgelöst sind, neu zu besetzen. Die preussische Staatsregierung hat, soweit mir bekannt ist, die vorläufige Fortführung der Frauenreferate beschlossen, damit allerdings nur einem Teil der Anträge im voraus stattgegeben.

Die Frauenreferate der Kriegsamten hatten die Aufgabe, weibliche Arbeitskräfte für Heimat und Etappe zur Freimachung von Kriegsdienstfähigen anzuwerben und diese weiblichen Arbeitskräfte arbeitsfähig und -freudig zu erhalten. Aus dem letzten Grund resultierten ihre sozialen Maßnahmen, ob sie nun Begleitung von Arbeiterinnentransporten, Fabrikspflege oder Kinderfürsorge waren. Je nachdem sie den Kriegszustand oder -nebenstellen angegliedert waren, sofihten sie die Wohlfahrtsarbeit der im Nationalen Ausschuss für Frauenarbeit zusammengeschlossenen Wohlfahrts- und Frauenvereine einer Provinz oder eines Regierungsbezirkles zusammen. Sie unterstützten diese Vereine und die Errichtung neuer Fürsorgeeinrichtungen mit namhaften vom Reich bereitgestellten Mitteln. Ein Teil der Frauenreferate wurde bei der Demobilisierung aufgelöst, die Übernahme des gesamten Apparates auf das Reichsarbeitsministerium abgelehnt. Die bewilligten Gelder fielen nach der Demobilisierung fort. Verschiedene Referentinnen wurden von den Oberpräsidenten, andere von den Regierungspräsidenten, wieder andere von den Selbstverwaltungsgremien der Provinzen übernommen und übten hier entweder, so gut es ging, ihre Arbeit weiter aus, oder übernahmen bestimmte Zweige der Wohlfahrtspflege.

Eine Weibehaltung der Frauenreferate, die besonders von der Demokratin Dr. Lüders propagiert wird, würde also zunächst nur die weibliche Arbeitskraft und die Verarbeitung verschiedener Wohlfahrtsgebiete in den Provinzen erhalten. Eine planmäßige Wohlfahrtspflege wäre damit nicht gesichert, und sie ist vor allem zu wünschen. Soweit mir bekannt ist, ist ein allgemeines Reichswohlfahrtsgesetz nicht in Vorbereitung, sondern nur ein Jugendwohlfahrtsgesetz, das der Nationalversammlung noch zugehen soll. Bis zur Schaffung eines Reichswohlfahrtsgesetzes wird also leider noch längere Zeit vergehen. Da hat die Aufrechterhaltung der Frauenreferate nur Sinn, wenn man ihnen bestimmte Befugnisse gibt, wie das die Anfrage unserer Fraktion vorstelt.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz wird voraussichtlich Provinzial- und Kreisjugendämter und städtische Jugendämter bringen, die die gesamte materielle in diesem Gesetz neuorganisierte Jugendfürsorge und Jugendpflege zu bearbeiten haben werden. Die gesamte Jugendwohlfahrtspflege wird also aus dem Tätigkeitsgebiet der Frauenreferate herausfallen.

Seit Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom Reichsarbeitsministerium übernommen worden sind, bestehen in den Provinzen Haupt- und in den Kreisen Kreis- und in den Städten entsprechende Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene. Wo sie noch fehlen, werden sie demnächst geschaffen. Auch diese Gebiete kommen also für die Frauenreferate nicht mehr in Frage, wohl aber die Mitarbeit der Frau vor allem in der Jugend- und Kriegshinterbliebenenpflege.

Das Arbeitsnachweiswesen, auf dem sich die

Frauenreferate ja besonders betätigt haben. Ist durch die preussische Verordnung vom 12. September 1919 organisatorisch durch Zwangsweise Errichtung von Provinzialämtern für Arbeitsnachweis und Stadt- und Landreisearbeitsnachweisen geregelt. Hier ist die Frauenmitarbeit in den weiblichen Abteilungen unerlässlich, aber auch diese Arbeit kommt für die eigentlichen Frauenreferate jetzt nicht mehr in Frage.

Die Fabrikspflege und die im Krieg über sie geübte Aufsicht der Frauenreferate ist in der bisherigen Weise nicht mehr möglich. Nach dem neuen Gesetzentwurf haben die Betriebsräte die Unfall- und Gesundheitsgefahren zu bekämpfen, die Gewerbeaufsicht zu unterstützen und bei der Verwaltung der Betriebswohlfahrtsanstalten, zu denen man ja auch die Fabrikspflege rechnen kann, mitzuwirken. Nach dem Artikel 165 der Reichsverfassung haben die Betriebsarbeiterräte die Sozial- und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen. Ihnen können auf diesem Gebiet Verwaltungen- und Kontrollbefugnisse gegeben werden. Im Sinn des Räteartikels liegt die Ausübung der Aufsicht über die Fabrikspflege und die Gewerbeaufsicht durch die Betriebsarbeiterräte. Auch hier ist die Mitarbeit der Frauen in Frauenarbeitsfragen erwünscht.

Es bleiben also für die Frauenreferate im wesentlichen nur die eigentliche Armenpflege mit Trinker-, Tuberkulose- und Gebrechlichenfürsorge und die Wohnungsfürsorge. Die materielle Regelung dieser Gebiete erfordert dringend Reichsgesetze. Diese müßten in ihrem organisatorischen Teil Wohlfahrtsämter für die Armenpflege, Trinker-, Tuberkulose- und Gebrechlichenfürsorge schaffen, die in enger Verbindung mit den Jugendwohlfahrtsämtern und den Kriegshinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenstellen zu arbeiten hätten. Eine sachliche Gliederung für diese Gebiete heute schon vorzunehmen, scheint mir möglich und richtig und zum Aufgabengebiet des Preussischen Wohlfahrtsministeriums zu gehören; also nicht Frauenreferate bei den Selbstverwaltungskörpern, Provinz und Kreis — die kreisfreien Städte sind ja meistens schon so weit —, sondern Armenpflege, Tuberkulosefürsorge, Wohnungsfürsorge referate und bei der Befugung ebenfalls wieder weitgehende Berücksichtigung der Frauen. Das gleiche gilt für die entsprechenden Referate der Staatsbehörden, Oberpräsidenten und Bezirksregierungen.

Für bestimmte Arbeiten der Wohlfahrtspflege sind Frauen geeigneter als Männer. Jährlich entlassen die sozialen Frauenschulen Hunderte von Frauen, die dort eine theoretische und praktische Ausbildung genossen haben, die für diese Aufgaben häufig besser schult als das Assessor-examen. Ein Teil der früheren Referentinnen wird schon wegen ihrer Kenntnis der Provinz- oder Kreisverhältnisse übernommen werden können, ein anderer Teil wird unter den heutigen politischen Verhältnissen ungeeignet sein. Es müssen auch in diese Stellen Arbeiterinnen und Mitglieder von Arbeiterorganisationen gelangen, weil es nicht angeht, daß sie wie bisher ausgeschlossen sind, und weil sie von vornherein vom Vertrauen ihrer Klassenossen getragen werden. Wesentliches gilt für die Mitglieder der Kriegshinterbliebenenorganisation. Soweit mir bekannt ist, begrüßen die beteiligten Reichsministerien, das Reichsarbeitsministerium und das Reichsministerium des Innern die Mitarbeit von Frauen und besonders von solchen aus dem Arbeiterstande auf diesem Gebiet.

Es ist also das zweckmäßigste, auf die sachliche Gliederung der Wohlfahrtsarbeit bei den Behörden der Staats- und Selbstverwaltung und auf die Befugung der Referate und der nachgeordneten Stellen mit Frauen hinzuwirken überall dort, wo es das Arbeitsgebiet erfordert, und wo die Bewerberinnen ihrer Qualität und Schulung nach dem Bewerber vorzuziehen sind. Dabei muß immer darauf hingewiesen werden, daß die Wohlfahrtspflege, die ja im wesent-

lichen Kinder- und Familienfürsorge ist, Empfinden und Sachkenntnis der Frau und damit die Wohlfahrtsstellen aller Art ihre Mitarbeit nicht entbehren können.
Sedwig Wachenheim.

Ein belgisch-deutsches Finanzabkommen.

Die belgischen Blätter melden, daß ein Abkommen zwischen der deutschen und der belgischen Regierung hinsichtlich der deutschen Banknoten, die sich im Besitze des belgischen Staats befinden, getroffen worden sei. Der belgische Staat werde dadurch entschädigt, daß er Schatzscheine erhalte, die zwanzig Jahre laufen und mit fünf Prozent verzinst werden sollen. Es handle sich um sechs Milliarden Mark, zwei davon würden zu Kriegsentuschädigungen verwandt, zwei der Nationalbank überwiesen und die restlichen zwei Milliarden würden als Garantie für eine Anleihe dienen, die Belgien aufzunehmen gedenke.

Gegen die Verschleuderung deutscher Waren.

Gegen die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr wendet sich erneut der Reichsverband der deutschen Industrie. In der Schweiz hat die Einfuhr billiger deutscher Möbel schon Arbeitslosigkeit hervorgerufen, und die Schweiz schreitet zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland. Die deutsche Industrie kann die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote nur abwenden, wenn sie sich allenthalben entschließt, ihre Ausführpreise bis an den hohen Stand der ausländischen Preise heraufzusetzen.

Wir glauben nicht an den Erfolg des Aufrufs der Industriellen. Die meisten Händler sind nach den bisherigen Erfahrungen gar nicht in der Lage, sich rasch auf die Weltmarktpreise einzustellen. Was besonders die Möbelindustrie angeht, so ist zu erwarten, daß das eben erlassene Holzausfuhrverbot ein wenig Abhilfe schafft. Energetisch kann jedoch der Verschleuderung deutscher Waren nur entgegengetreten werden entweder durch eine Sozialisierung der Exportgewinne oder mindestens durch hohe Ausfuhrzölle, die die Industrie zur Innehaltung der Weltmarktpreise im Ausland erzwingen.

Die Kriegsgefangenenheimkehr.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Sämtliche 1162 Paltagefangene einschließlich der Kommandanten werden am 5. Dezember abbeordert und treffen etwa am 9. Dezember in Austerlitz ein.

Für die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen in Indien sind laut neuer Mitteilung der englischen Regierung endgültige Anordnungen derart getroffen worden, daß Anfang Dezember der Übertransport beginnt.

Protest der italienischen Sozialisten.

Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, einen formellen Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen in Frankreich einzubringen. Der Protest nennt das Vorgehen Frankreichs eine kulturwidrige Brutalität, welche der Sklaverei gleichkomme, und ladet die Proletarier aller Länder ein, mitzugreifen an der Beendigung dieses unwürdigen Zustandes.

Wie aus deutschen Aktien Geld wird.

Der Amerikaner „Telegraph“ meldet zu der vorzeitigen Veröffentlichung der amerikanischen Enthaltungen durch die Londoner „Times“, daß die amerikanischen Herausgeber Boni und Liveright von dem deutschen Herausgeber des Boni öffentlichkeitsrechtlich gekauft hatten. Dieses wurde in London weiter verkauft an die „Times“, die Nation von Bureau Aires und die Hearst-Presse mit der Bestimmung, daß diese Blätter die Enthaltungen am 29. November veröffentlichen dürfen. Als die Veröffentlichung bereits angekündigt war, erfuhr Boni darum, die Veröffentlichung um vier Tage zu verschieben. Da der Weltmarkt jedoch bereits nach Amerika und Argentinien gesandt worden war, konnte die „Times“ diesem Ersuchen nicht stattgeben.

Im Tollhaus.

Ein Buch von Artur Jidler.

Die Wunden der fünf Jahre sind allzu tief gerissen, sie schließen sich nicht, rufen noch immer sie weiter, und ihr Brand springt über und frißt sich aufs neue in selber ein, die schon über das Schwärze hinaus sein möchten, um ihre Kraft ungeteilt an neuer Tage notwendiges Werk hinzugeben. Wir sind nicht mehr umgeben von dem Schreckensdrängen des Kriegesgeschehens, die abstumpfende Masse des einzelnen wird hinter sich hinweg, aber nun ist die Zeit, wo dieses einzelne sich in anderer Art zu Massen zusammenschließt, die starker Ausdruck des Wesentlichen sind. Das ging da und dort schon während des Krieges auf, konnte aber doch nicht Sprache einer breiten Öffentlichkeit werden. Das Buch die Zeit erst jetzt an. Das Erlebnis gabert sein Ergebnis, sowohl und geschichtlich, zu weiterwirkendem Bestrauchen des Lebens, das unsere gesellschaftliche Zukunft sein wird.

Ein Ergebnis dieser Art ist Artur Jidlers Buch „Im Tollhaus“, das der Verlag der Buchhandlung Vorwärts eben jetzt herausgebracht hat. (Preis 2 M.) Ein Buch dichterisch erfahrener Beherrschung, eigenartig schon durch das granitartige Stille Welt, in dem hinter Mauern und Gittern Tragödien menschlichen Daseins in großen Nachspielen veratmen, kamerlentendert aber darüber hinaus die geistige Kraft, die der Erzähler im gedanklichen Durchschneiden und Zusammenbinden der aus- und einandergehenden Erinnern herausgegriffenen Vorgänge äußert. Ein achtzehnjähriger Proletarier, der in Kriegsmitteln aus der Drillkaserne ins Tollhaus verpflanzt wird, ist Träger des Erlebten, und vier Jahre später kommt das Erlebnis sich zum Buch. Kein Roman, nur acht Kapitel Szenen, aber Szenen, die je ihren festen Kern haben und abgerundet und gut geschlossen, nicht bloß naturalistische Ausschnitte der Wirklichkeit, sondern immer als ein Ganzes gepackt sind, dem fühlbar ein gestalterischer Trieb zugute kam. Was die Kraft dieses Buches ausmacht, ist fast das Buch um das Buch zu erkennen: hier wurde niedergeschrieben, was durch Blut und Hirn gegangen ist. Die Vorgänge sind besetzt, sind immerlich bedeutend. Soweit sie eigenes Handeln des Erzählers sind, hängen sie mit einem besonderen spezifischen Wesen zusammen, und das wiederum äußert sich auch in der Art, wie das Geschehen um ihn her auf sein Inneres einwirkt. So entstand eine Einheit der Bewegung, die auf Erlebnis-kraft beruht und von Erkenntnisdrang durchdringt ist und die das Buch, abgesehen vom Stoffe, auch der Form des Ausdrucks nach anscheinlich macht. Man möge nicht tadeln, daß an dieser Stelle sozial Günstiges über eine Leistung ausgesprochen wird, deren Verfasser uns nahesteht. Es muß um so mehr geschehen, da ein Erstlingsbuch in Frage steht, von dem wir überzeugt sind, daß viel Aufmerksamkeitswert sich über aus verschiedenen Gründen zuwenden wird.

Die psychologischen Werte des Buches, die wohl auch Psycholektoren einiges sagen können, gehen insbesondere auch das Politische an. Hier ist einer von den unzähligen Tausenden, die der Militar-

mus gegen sich empört. Ein Jüngling, der heute den Satz niederschreibt: „Opfer bleibt der Mensch, solange er nicht aus sich heraus das Bewußtsein seiner natürlichen Rechte zum ersten Mal der allgemeinen Ordnung erhebt.“ Sein erster Widerspruch geschieht aus gesundem Instinkt; auf dem Wege aber, den die Auflehnung gegen brutal-sinnlosen Unterordnungszwang ihm erwirkt, reist als wichtiger Lebensertrag jenes Bewußtseins, weil er es wagt, der Stimme seiner Natur zu folgen, wird er dem Tollhaus überiefert, und diesem Aufenthalt des geistigen Kampfes zwischen geistig Verlesenen verdanken wir nun die graufigen Bilder, die den Krieg als Zeitschmerz seelischen Lebens molen. Hier fährt ein Vorkamp mitten entzweigerten auseinander und ein furchtbares Stille Welt wird sichtbar, das die Kriegsliteratur bisher ängstlich verbarg. Es ist mangelhaft nicht jedermanns Sache, diese Dinge darzustellen, wie sie sind. Jidler aber hat sie eigenartig gepackt und plastisch bewältigt. Ganz erschütternd steigert sich die Fülle schaueriger Gesichte zu dem Kapitel „Wie haben gelacht“. Um das zu geben, muß man in die Untergründe seelischen Lebens eindringen können. Und mehr noch gehört dazu: ein tiefes, empörtes Fühlen mit Menschen, die schwersten Schicksalen verfallen, hingepfercht von fremder Macht und roher Gewalt. Das aber ist hier, in weitem Umfassen, und aus dieser Kraft wird das Buch seinen Weg machen.

Bedeutungsvolle Erfindungen in der Chronikstudie. In der Sitzung der Österreichischen Gesellschaft im Hörsaal der Universitätsbibliothek der Charité am letzten Freitag wurden von Dr. Bruno Griesmann-Kühnberg und Professor Schäfer Mitteilungen über neue Apparate zur Hörsprache gemacht, die großes Aufsehen erregten. Dr. Griesmann führte einen elektrischen Tonreproduzierer vor, der nach dem Schwingungsverfahren sämtliche hörbare Töne der Tonkala erzeugt. Die Einstellung der oberen und unteren Langgrenze erfolgt lediglich durch Drehung eines Heblers. Damit ist zum ersten Male eine exakte Nachstellung des gesamten Hörumfangs bei gesunden und ohrenkranken Menschen möglich. Für die Untersuchung mit der Sprache demonstrierte Dr. Griesmann das Otoplastographon, welches eine fingierte Sprache beliebig oft, beliebig lange und in beliebiger Stärke reproduziert. Mittels einer einfachen sinnreichen Apparatur, die Dr. Griesmann als Otoplastographon bezeichnet, mißt er die Beweglichkeit des Trummelfells und der Gehörinnschnecke. Nach dem die technische und medizinische Seite des Problems erschöpfend vorgetragen wurde, sprach Professor Schäfer seinen nach dem Prinzip der Rückkoppelung konstruierten Tonreproduzierer vor. In die Ausführungen der beiden Redner schloß sich eine lebhafte Diskussion an, an der sich Rezipienten und Hörer in gleicher Weise beteiligten. Die Fortschritte der neuen Methode wurden von allen Seiten betont.

Dadaisten-Gesäng. Ein Dadaisten-Dreißel wurde am Sonntag mittig im Tribüne-Theater aufgemacht. Dantelster, in Farben, Tönen, Worten schreiender Spektakel, Bühnentreiben, das beim ersten Laut, einem ausfallschen Paukenschlag, mit dem Publikum zusammenwuchs. Junges Geschlecht oben, junges Geschlecht unten, der überfüllte Saal von Anfang an eingestaut auf das tolle Kabelflagen bursch-satirischer Lust, die anderhalb Stunden lang das

Heilige von gestern und heute, allen Banden frommer Scheu entwöhnt, mit jugendlicher Wollust leerte und federzte und durch die Spitze jagte.

Im Grunde ist dieser Höllepaß, immerhin schon ein Stück Berliner literarischen Kulturlebens, weniger in der Form als in der Redlichkeit des Hervortretens neu. Er fängt sich wieder auf das Spiel, das schon die alten Romantiker in rassistischer Selbstgefälligkeit übten, wenn sie die Philister kränkelten. Nur haben's die Dadaisten bequemer, denn das Philistertum hat miserable Zeit, und diese Zeit, die alle Werte von gestern in grimmigster Lat verflucht, weißt ihnen, den Realisten, das Romantikerprogramm ins Abwegene. Der Sprecher, der am Sonntag vorweg das Programm der Dadaisten flüsterie, hand den Satz los: „Je schlechter die Welt, um so größer die Springkraft unserer Ironie.“ Den Kern der dadaistischen Sache legt dieser Satz bloß. Die bürgerliche Kultur hat ihren Höhepunkt überjagt, mit brüchigen Nadeln springt und torfelt der Wagen abwärts. Das John Schinkels Unlängst in der „Neuen Zeit“ von dem hahnbüchernen III. italienischer Futuristen in deren Anfangszeit berichtete, das erlebt im Dadaismus seine potenzierte Fortsetzung. Wir sehen nur heute besser, was diese Erkenntnis heißt. Eine andere Zeit (sie liegt hundert Jahre zurück) gab die Ironie romantischen Weltwehmerlebens. Sie war von politischer Unfreiheit fundiert, die den Geist zwang, seine rebellische Bewegung in Verummungen zu bergen. Heute hat eine Revolution ihm Freiheit besichert, die ihn zu jedem Einzelbaum entfesselt. Der Programmierer am Sonntag verkündete: „Wir sind keine Kunstbewegung, wir sind lediglich Bewegung, Bewegung an sich.“ Und diesen individualistischen Jauchern ungeheuerlichen Jugendgefühls ergänzte die Begriffsverflüchtung: „Dada ist die große Mühseligkeit an den primitivsten Instinkten.“

Das Wort „Dada“ hätte (als Kuriosum sei das eingeschoben) fast schon vor zwei Tausend Jahren einen Platz in der deutschen Kampflektik erhalten; als nämlich Mary sein Buch gegen Karl Bogt, den deutschen Sochschreiber des Mittlen Kapoleta, kritisierte. Da sollte dies Buch nach erstem Plan „Da-Da-Da“ heißen, und zwar nach einem ägyptischen Solgänger des ersten Kapoleta, der diesen am III. bedienten wie eben Bogt später den Reffen des Unfels. Mit dieser Bedeutung hat nun das jegliche Dada nichts gemein; aber was dem Wort heute Reiz und Reizkraft gibt, das hatte schon Mary im Auge, als er 1860 an Engels schrieb: „Dada pulst den Wähler und ist komisch.“ (Wegeln besagte: Räffel aufgeben.) Heute soll nun, so setzen Wissende, das geheimnisvoll lautende Dada den Permittivismus seiner Angehörigen andeuten, als ein Laubort, das den Anfang sprachlichen Neupern veranlaßt. Also radikale Ablehr von dem bürgerlich-Geistigen, ein Auflehn gegen „übertriebenen Traditionsinstinkt“, ein Bruch, der sich in grösstem Uberschlag ausstößt. So kann auch dies ein Zeichen sein, daß die Katale beufen scheint, eine wesentliche Ausdrucksform unserer trümmerselbigen Gegenwart zu werden. Die dadaistische Wollust aber (immer schäblich das Wort Reines heran: „Bistaltel mit Wahnsinn laune“) ist nicht bloß Lang auf einem Chaos; sie ist weder Galgenhumor noch Desperodogelächter, hat vielmehr die Natur eines frisch aufgeschlagenen Pflanzens, das sich durchaus Herr führt auf der Weide, die ihm gegeben ist, und alle vier schüttelnden Hufe in kräftig jung ausfolgenden, wenn auch lächerlich verzierten Sprängen übt.

Der Sinn des Sonntagprogramms; das Tobwobolu der Zeit aufgefangen, in höchst verzogenem Herrspiegel, sozial, poetisch, lite-

Preussische Landesversammlung.

87. Sitzung, Montag, den 1. Dezember, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Heilmann (Soz.) über die

Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke.

Danach soll die Staatsregierung beauftragt werden, diese Kommunalisierung durch die Reichsgesetzgebung zu betreiben. Der Uebernahmepreis soll den Gemeinden einen wirtschaftlichen Betrieb zu einem für die Bevölkerung erträglichen Tarif ermöglichen.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Korruption

In der jungen Republik geredet wird, dann wird man uns zwingen, auf gewisse Vorkommnisse unter der alten Regierung hinzuweisen, als die Herren am Ruder waren, die früher Kamele schluderten und jetzt Mäden seien.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Abg. Heilmann (Soz.): Das negative Ergebnis der zweiten Lesung hat allgemein nicht befriedigt. Um aus diesem unerwünschten Resultat unserer Arbeit herauszukommen, haben wir den vorliegenden Antrag gestellt.

Unterstaatssekretär Peters (auf der Tribüne unverständlich): Eine Preissteigerung wird sich nicht umgehen lassen, um die Gefahr des weiteren Rückgangs der Zudererzeugung zu vermindern.

Abg. Langer (Soz.): Zur Förderung des Zuderanbaues müssen die Preise für Zuderfabrikanten allerdinge erhöht werden. Wir fabrizieren jetzt in Deutschland ein Drittel der Menge, die wir vor dem Kriege fabriziert haben, erzeugen also jetzt noch weniger Zuder im Inlande als bei der Einführung der Zwangswirtschaft.

Die Abg. Jacoby (Ztr.) und Held (D. Sp.) weisen auf die geringen Löhnepreise hin. Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

Abg. Kimpel (Dem.): Heute ist doch wenigstens noch Zuder vorhanden, der durch die Rationierung der Bevölkerung zu gute kommt. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft würde der Preis für Zuder unerwünscht hoch werden und Zuder so gut wie gar nicht mehr aufzutreiben sein.

hat, dem Reichstage ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt worden ist und daß der Reichstag den Entwurf unverändert angenommen hat. Nach nun der Reichsrat von seinem Einspruchsrecht nach Art. 74 Abs. 1 der Reichsverfassung gegenüber dem beschlossenen Gesetze Gebrauch, so entsteht die Frage, was weiter zu geschehen hat.

Der Einsender glaubt, daß die Verfassung sich hierüber ausgeprochen habe. Tatsächlich sind in Art. 74 Abs. 3 die erforderlichen Bestimmungen getroffen, die für alle vom Reichstage beschlossenen Gesetze gelten, gleichviel, ob sie von der Reichsregierung, von Mitgliedern des Reichstages, vom Reichswirtschaftsrat oder im Wege eines Volksbegehrens eingebracht sind.

Nach der Verfassung ist das Gesetz, gegen das der Reichsrat Einspruch erhoben hat, dem Reichstage zur nochmaligen Beschlußfassung vorzulegen. Kommt hierbei eine Uebereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag zustande oder nimmt der Reichstag das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit an, so muß der Reichspräsident das Gesetz verkünden, wenn er nicht im letzteren Fall einen Volksentscheid anordnen will.

Nur in dem Falle, daß der Reichstag sich mit dem Reichsrat nicht über das Gesetz einigt, es aber auch nicht mit Zweidrittelmehrheit annimmt, hat der Reichspräsident nach der Verfassung die Wahl, ob er einen Volksentscheid anordnet oder das Gesetz als nicht zustande gekommen behandelt will.

Theoretisch erscheint es also möglich, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz keine Rechtsgültigkeit erlangt; in Wirklichkeit darf aber nicht übersehen werden, daß nach Art. 50 der Reichsverfassung alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten der Gegenzeichnung durch die Reichsregierung bedürfen.

Die Reichsregierung aber ist aus den Parteien der Reichstagsmehrheit entnommen und bedarf ihres Vertrauens. Würde nun die Reichsregierung dem Reichspräsidenten empfehlen, ein vom Reichstage beschlossenes Gesetz zu Fall zu bringen, so würde sie durch die Reichstagsmehrheit alsbald zum Rücktritt gezwungen.

Der Reichspräsident wird sie stets in Uebereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit handeln und im vorliegenden Falle dafür Sorge tragen, daß der Reichspräsident das vom Reichstag beschlossene Gesetz dem Volksentscheid unterbreitet.

Der Einsender konstruiert aber weiter die Möglichkeit, daß der Reichstag in Uebereinstimmung mit dem Reichsrat, der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten das begehrt Gesetz abzulehnen will und es zu diesem Zweck an dem Reichspräsidenten den Reichspräsidenten dazu bestimmt keinen Volksentscheid anzuordnen.

Der Einsender konstruiert aber weiter die Möglichkeit, daß der Reichstag in Uebereinstimmung mit dem Reichsrat, der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten das begehrt Gesetz abzulehnen will und es zu diesem Zweck an dem Reichspräsidenten den Reichspräsidenten dazu bestimmt keinen Volksentscheid anzuordnen.

Kirche und Politik.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Kürzlich brachte der „Vorwärts“ in Nr. 601 vom 24. d. M. die Zuschrift eines Lesers über dessen Erfahrung in einer Berliner Kirche, die auf eine gewisse geistliche Kirchenpolitik ein großes Streiflicht wirft.

Züngst legte der evangelische Lehrer eines Dorfes die Erklärung des Religionsunterrichtes nieder. Gewissenbedenken, nichts weiter, waren die Ursache dazu. Sofort hält der dortige evangelische Geistliche eine Ortsversammlung ab und redet über das Thema: Sollen wir unsere Kinder zu Heiden erziehen?

Da muß sich doch der gesunde Menschenverstand fragen: Ist der Mann wirklich so verbohrt zu glauben, wer nicht evangelischer Kirchendiener ist, sei ein Heide? Auf die Versicherung des selben Lehrers, er sei gar kein Antichrist, sondern steh auf dem Boden eines liberalen Christentums, erhält er die geistliche (nicht geistreiche!) Antwort: Liberales Christentum ist mir gleichbedeutend mit Heidentum.

Das ist doch der Gipfel orthodoxer Verbohrtheit, die man sich nur der Kritiklosigkeit unserer Landdemoskriener gegenüber leisten kann. Wohlweislich wurde jene Versammlung zu einem Zeitpunkt anberaumt, an dem der Lehrer selbst nicht erscheinen und sich rechtfertigen konnte.

Und als er zur Stelle war, da war der Heiligzorn schon eröffnet. Wirkung: einen solchen „Heiden“ wollte die Gemeinde nicht haben. Auf ein Gesuch derselben Gemeinde (?) hat die Regierung ein Urteilstück — versetzte den Lehrer. Diese Tatsachen sprechen für sich.

Und nun frage ich: Wie lange sollen die Geistlichen als staatlich besoldete Beamte die Möglichkeit haben, die Kritiklosigkeit der Massen in einer Weise auszunutzen zu können, die erstens mit wahrer Religion nichts zu tun hat und zweitens das Vertrauen des Volkes der Regierung gegenüber untergräbt?

Dieser zweite Gesichtspunkt darf nicht unterschätzt werden, denn mit der blöden Behauptung „die Sozialdemokratie ist religionslos“ hauffiert heute wieder fast jeder. Diese planmäßige politische Volksvergiftung vermissen ich in Religionsgemeinschaften, die mit dem Staate nicht rechtlich verbunden sind und wirklich nur ihre Aufgabe erfüllen, wahre Religiosität zu pflegen.

Das sollte unserer Regierung doch einen Fingerzeig geben! Das regierungsfreundliche Verhalten der Vertreter unserer Landeskirche ist unsterklich nur darauf zurückzuführen, daß sie sich immer noch — nicht dem Staate, dem sie dienen soll, sondern der glückselig überkommenen Staatsform verbunden fühlen. Aus Gründen innerer Sauberkeit möchte sie unter den heutigen Verhältnissen eigentlich von sich aus auch reinliche Scheidung fordern.

Da sie das nicht tut, muß die Regierung sowohl in ihrem eigenen Interesse als auch im Interesse des freien demokratischen Staates, nicht zuletzt auch „aus Religion“, den entscheidenden Schritt tun.

Hallo — Ministerium!

Die Wahlen der unbesoldeten Magistratsmitglieder sind bekanntlich mit dem 31. Oktober erledigt gewesen; daß es aber noch Behörden gibt, die dem klaren Wortlaut des Rotgesetzes ein Schnippchen schlagen, beweist folgendes: In Rotenburg i. Hann. forderte der dortige Vorsitzende

Neuregelung der Medizinalverwaltung.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Die gesamte Verwaltung muß demokratisch werden. Die heutigen Verhältnisse sind unhaltbar. Namentlich hinsichtlich der Kreisärzte sind Änderungen nötig. Sie bleiben nicht in dem Sinne Beamte wie bisher. Für den Dienst der Ärzte in den Provinzen, die eine Menge und hygienischer und sozialer Maßnahmen übertragen erhalten, kommt eine besondere Vorbildung in Betracht.

Abg. Dr. Lehner (Westpreußen (Soz.): Den Amtsärzten fehlt vielfach soziales Empfinden und soziale Vorbildung. Die Kreisärzte sollten im Interesse der Eruchendelämpfung polizeiliche Befugnisse erhalten. Die Ärzte müssen weniger in bakteriologischen, dafür aber mehr in sozial-hygienischen Fragen und vor allen Dingen in der Fürsorgefähigkeit ausgebildet werden.

Abg. Dr. Weyl (H. Soz.): Die Neuregelung der Medizinalverwaltung ist sehr dringend. Wir verlangen Lehrstühle für Sozial-Hygiene an allen Universitäten. Der Redner begehrt den Vorbeirratt, zu erklären, daß die U. S. P. für den Demokratenantrag stimme.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Abg. Geyer (Ztr.) fragt wegen Beteiligung der Handwerker in den besetzten Gebieten an öffentlichen Arbeiten und Verteilung der zentralbewirtschafteten Rohstoffe. Die Regierung erklärt, daß diese Handwerker ebenso wie das übrige deutsche Handwerk behandelt werden, die Anordnungen des Demobilisationskommissars im besetzten Gebiet aber häufig auf Schwierigkeiten stoßen.

Handelsminister Fischel: Die hier vorgebrachten Vorwürfe wegen nicht genügender Unterstützung des Handwerks sind völlig unbegründet. Vergessen Sie nicht, daß die Zukünftigkeit der preussischen Regierung auf vielen Gebieten aufgehört hat und wir deshalb nicht mehr bestimmen, sondern nur anregen können. Auch am Wiederaufbau beteiligen wir das Handwerk im weitestgehenden Umfange. (Beifall.)

Dienstag 12 Uhr: Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Gesetzentwurf Groß-Berlin. Unabhängiger Parteitag. Im weiteren Verlauf der Debatte spricht Neumann-Rünberg über die Einigungsfrage, die brennender sei als manche glauben. (Anrufe.) Man müsse aber berücksichtigen, daß man es auf der anderen Seite mit gewichtigen Diplomaten zu tun habe, die die Einigungsfrage zur Erregung von Verwirrung benutzen.

Immer wenn die Reichssozialisten in der Kammer sitzen, kommen sie mit der Einigungsfrage. (W. Vernstein war bis zur Revolution unabhängig, Restripte und Strödel sind es noch! Red.) Wahren ist das Kassische Land der Einigung. Dort sind frühere Zentrumsleute zu blutigsten Kommunisten geworden und diese würden wieder Zentrumsanhänger werden, wenn es nicht endlich gelinge, in der Einigungsfrage Klarheit zu schaffen. Ausgesprochen aber müsse werden, daß die Einigung nur möglich sei auf dem Boden des Programms der U. S. P. Solange unabhängige Führer ungestraft gemordet werden könnten, solange können wir uns mit den regierenden Reichssozialisten nicht einigen. (Der Gauß-Körper ist U. S. P.!) Red.)

Man-Danzig ist der Ansicht, daß die Einigung in Deutschland nur den Zweck haben würde, die Regierung Ebert-Rose zu stützen und dazu könne sich die U. S. P. natürlich nicht hergeben. Danzig aber sei jetzt das Einfallstor für die Ohanen des Kapitalismus der ganzen Welt geworden und daher müsse die Einigungsfrage in Danzig ganz anders betrachtet und behandelt werden. Er hoffe, daß in Danzig die Einigung auf dem Boden des Programms der U. S. P. erfolgen werde. (Danziger hört! Red.) Frau Rehmig (Parteivorstand) wies auf die deutchnationale Agitation unter den Frauen hin. Sie bemängelt es als ungerrecht, die Klähe der Frauen für die Kriegesbeschädigten zu beanspruchen. Man habe die Pflicht, doch auch für die Frauen zu sorgen, die während des Krieges dafür gekämpft hätten, daß die Betriebe aufrechterhalten werden konnten. Weiter bedauert die Rednerin, daß viele Arbeiterkinder an ihren eigenen Kindern zu Ausbeutern werden, indem sie die Kinder Zeitungen usw. austrogen ließen und zur Schwärze zwängen. Nach einem Schlußwort Dittmanns wurde mit lebhaftem Beifall das Ergebnis der Stadterordnetenwahlen in Elbing zur Kenntnis genommen. Es seien dort 18 000 unabhängige und 3000 rechtssozialistische Stimmen abgegeben worden.

Am Nachmittag beriet man über Änderungen der Zusammenfassung des Parteiprogramms, während die Änderung des Parteiprogramms dem nächsten Parteitag überlassen bleiben soll. Angenommen wurde folgender Antrag: Genossen, die ihre Mandatspflicht nicht ausüben, sind, wenn sie dazu aufgefordert werden, verpflichtet, ihre Mandate niederzulegen. Kompetent ist dazu die Instanz, die sie aufgestellt hat.

Dienstag: Referat Dr. Lohns über die Steuerfrage, dann Eröffnungs über Taktik und Parteipolitik. Eine Lücke in der Verfassung. Von zuständiger Stelle schreibt man uns: Im „Vorwärts“ wurde dieser Tage die Zuschrift eines Einsenders wiedergegeben, der eine Lücke in der Verfassung entdeckt zu haben glaubt. Er konstruiert den Fall, daß auf Grund des Begehrens, daß ein Beiztel der Stimmberechtigten im Reiche gestellt

hat, dem Reichstage ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt worden ist und daß der Reichstag den Entwurf unverändert angenommen hat. Nach nun der Reichsrat von seinem Einspruchsrecht nach Art. 74 Abs. 1 der Reichsverfassung gegenüber dem beschlossenen Gesetze Gebrauch, so entsteht die Frage, was weiter zu geschehen hat.

Der Einsender glaubt, daß die Verfassung sich hierüber ausgeprochen habe. Tatsächlich sind in Art. 74 Abs. 3 die erforderlichen Bestimmungen getroffen, die für alle vom Reichstage beschlossenen Gesetze gelten, gleichviel, ob sie von der Reichsregierung, von Mitgliedern des Reichstages, vom Reichswirtschaftsrat oder im Wege eines Volksbegehrens eingebracht sind.

Nach der Verfassung ist das Gesetz, gegen das der Reichsrat Einspruch erhoben hat, dem Reichstage zur nochmaligen Beschlußfassung vorzulegen. Kommt hierbei eine Uebereinstimmung zwischen Reichsrat und Reichstag zustande oder nimmt der Reichstag das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit an, so muß der Reichspräsident das Gesetz verkünden, wenn er nicht im letzteren Fall einen Volksentscheid anordnen will.

Nur in dem Falle, daß der Reichstag sich mit dem Reichsrat nicht über das Gesetz einigt, es aber auch nicht mit Zweidrittelmehrheit annimmt, hat der Reichspräsident nach der Verfassung die Wahl, ob er einen Volksentscheid anordnet oder das Gesetz als nicht zustande gekommen behandelt will. Theoretisch erscheint es also möglich, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz keine Rechtsgültigkeit erlangt; in Wirklichkeit darf aber nicht übersehen werden, daß nach Art. 50 der Reichsverfassung alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten der Gegenzeichnung durch die Reichsregierung bedürfen.

Groß-Berlin

Heute 7 1/2 Uhr 19 öffentliche Frauenversammlungen in Berlin:

- Schulaula, Wittstr. 16 Referentin: M. Kraus
Schulaula, Hohentorstr. 10/11 Referentin: M. Hoppe
Handwerker-Schule, Andreasstr. 1 Referentin: Ste.n.
Fischbrennerei, Fildischstr. 2/3 Referent: L. Heller.

und in folgenden Vororten:

- Charlottenburg, Volkshaus, Großer Saal, Köpenickerstr. 4 Referentin: A. Schreiber-Krieger.
Karlshorst, Friedrichsstraße, Karlshorst, Realgymnasium, Treptowallee. Referentin: M. Wagenheim.
Niederichsneude, Johannisthal, Schulaula, Niederichsneude, Berliner Str. 31. Referentin: E. Grasse.
Lichtenberg, Kula Siegfriedstraße, Ref.: B. Israel.
Steglitz, Pantow, Steglitz, Kula der Oberrealschule, Wiesenstr. 34. Referentin: E. Jaquet.
Reinickendorf, Rosenthal, Esal Dietz, Reinickendorf, Hauptstr. 32. Referentin: Wegscheider-Biegler.
Schöneberg, Chamissostraße, am Barbarossaplatz. Referent: R. Unger.

Wilmersdorf, Friedensau-Schwargendorfer, Kula des Wilmersdorfer Gymnasiums, Wilmersdorf, Pfalzburger Straße. Referentin: L. Gae.

Wilmersdorf, Ref.: R. Rynck

Friedrichshagen, Zentral-Hofstraße (Zahader Schröder), Meiner Saal Friedrichstraße. Referentin: Mitglied der Nationalversammlung Genossin Gertrud Schöndahl: Die Stellung der Frau im neuen Deutschland.

Mariendorf, Schulaula, Kurfürststr. 53/54 Referentin: Genossin Todenhagen: Die Stellung der Frau im neuen Deutschland.

Für Wien.

Gestern begann das von den Berliner Kommunalbehörden eingeleitete Hilfswerk für die hungernde und frierende Wiener Bevölkerung. Gemeinsam werden unterirdische Lebensmittel, Hülfsmittel, Mehl Konerven, die in starkem, undurchlässigem Papier verpackt und deren Inhalt in der Aufschrift kenntlich gemacht sein muß.

Sammelstellen sind im Pausen-Theater, Siegelstr. 12, Viktoria-Theater, Prinzenstr. 51, Sophien-Theater, Weinmeisterstr. 18/17, Charlotten-Theater, Steglitzer Str. 29, Margareten-Theater, Pfaffenstraße 11, Dorotheen-Theater, Wilhelmshavenstr. 2, Schiller-Theater, Panfilstr. 41, Köpenick-Theater, Greifswalder Straße 24-25, Luther-Theater, Tempelhofer Ufer 2, eingerichtet und bis Sonntag von 10 bis 4 Uhr geöffnet.

Ferner werden auch Geldpenden angenommen, und zwar bei der Stadthauptkasse und der Städtischen Sparkasse mit ihren Nebenstellen und Zweigstellen. An die Banken Groß-Berlins ist das Ansuchen gerichtet worden, in ihren Filialen gleichfalls Geldpenden für das notleidende Wien anzunehmen. Das Rote Kreuz von Berlin hat in dankenswerter Weise sich in den Dienst der von der Stadt Berlin veranstalteten Wiener Hilfswerke gestellt und eine Sammelstelle für Lebensmittelposten in seinem Hause, Berlin W 56, Roslagrasenstr. 40, eingerichtet, die täglich von 9 bis 3 Uhr geöffnet sein wird.

Der Berliner Lehrerverein hat in seiner letzten Versammlung folgenden Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen:

Der Berliner Lehrerverein erachtet es als eine selbstverständliche Pflicht aller seiner Mitglieder, das von der Berliner Stadtverwaltung eingeleitete Hilfswerk für die Wiener Bevölkerung auf tatkräftigste zu unterstützen und beizutragen den Vorstand, mit der städtischen Schulverwaltung sofort das Nähere über die Mitarbeit der Lehrerschaft bei den Sammlungen in den Schulen und in den einzelnen Stadtbezirken zu vereinbaren.

Der Vorstand des Vereins für Kindervolksküchen und Volkskinderkochen Berlin hat beschlossen, am kommenden Donnerstag

Montrose.

Detektivroman von Sven Eibestad.

Das Auto der Polizei wurde gleich von einer glühenden, neugierigen und verängstigten Menschenmenge umringt. Die Neugier hatte sich bereits in der Nachbarschaft verbreitet. Viele Menschen waren versammelt. Vor dem Gitter des kleinen Gartens stand ein leerer Doktorwagen. Die Gittertür wurde von einem großgliedrigen Polizeibeamten in einer engschließenden Uniform bewacht. Da waren Menschen in allen Alters, von jenem bestimmten Kleine-Leute-Typ, der immer herbeiströhmt, wenn etwas Ernstes geschieht, eine Feuersbrunst, ein Verbrechen, oder wenn ein Kind überfahren wird. Da stand der darzüfuge Straßenjunge mit seinem streifen ernt, mit aufgerissenen Mund, von kleineren Kindern umgeben, die kaum miteinander zu flüstern wagten, rotbäckige Weiber, die dicken, bloßen Arme über dem Leib gefaltet, Arbeiter vom Neubau in der Nähe, einige mit ihrem Werkzeug in der Hand, andere ohne Hüte, ein Beweis von der Eile, mit der sie ihre Arbeit verlassen hatten. Ferner sah man die Typen gewaltig Vorübergehender, wie man sie bei Ausläufen auf der Straße anzutreffen pflegt: Den feinen graubärtigen Herrn im Zylinderhut, der auf einem Spaziergang begriffen war, den Telegraphenboten, der von seinem Mad gestiegen ist, die verführte alte Dame, die bereits ihr Taschentuch gezogen hat, der Herr im Rollstuhl, der unbarmherzig seinem Schicksal überlassen worden ist — alle vermischten sich ohne Standesunterschied zu einer flüsternden, erschrockenen, fragenden Menge. Weit, weit hinten in der Straße aber sieht man einen Mann auf Fühlgeln von Staub dahergeweilt kommen, einen Boten aus entlegenen Stadtteilen, wo die Neugier bereits hingelangt ist.

Die Luft ist neblig geworden, und ein kalter Wind, der Regen prophezeit, zerrt an den Ästen des kleinen Gartens. Die geöffneten Fenster von Nr. 28 erscheinen unnatürlich schwarz und gähnend mit jenem drohenden Ausdruck, den Fenster in einem Haus haben, wo ein blutendes Unglück geschehen oder ein Feuer gerade gelöscht ist. Drinnen im Zimmer aber klatterten die Gardinen wie dunkle Schatten.

25 Proz. der Einnahmen der Mittelstands-, Beamten- und Suppenküchen dem Volkskinderverein zu Wien zugunsten der hungernden Wiener Kinder zu überweisen.

Zu unserer Redaktion laufen fortgesetzt Spenden für Wien ein. Wir bitten unsere Leser, in Zukunft den der Einleitung der Liebesgaben an uns abzusehen, sie vielmehr unmittelbar an die genannten Sammelstellen abzuliefern.

Die Angestellten und der frühere Ladenausfluß.

In einem längeren Schreiben nimmt der Zentralverband der Angestellten Stellung zu der jüngsten Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin, welche für die offenen Ladengeschäfte den Sonnabend-Ladenausfluß auf 7 Uhr festlegt. Dazu wird folgendes gesagt: In der Bekanntmachung des Kohlenverbandes Groß-Berlin heißt es, daß den vielfach geäußerten Wünschen der Bevölkerung durch diese Verordnung Rechnung getragen werden soll. Wir haben demgegenüber festzustellen, daß diese Verordnung lediglich ein Eingehen auf die Wünsche der Arbeitgeber bedeutet, welche dieselben dem Herrn Minister des Innern vorgebracht haben. Die Verfügung wurde erlassen, ohne daß sich die betreffenden Behörden rücktragend an die beteiligten Arbeiterorganisationen gewandt hätten, um auch diesen Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der in Frage kommenden Beträge zu äußern.

Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Lage auf dem Gebiete der Kohlenversorgung diese Verordnung rückgängig gemacht und wie im vergangenen Winter der 8-Uhr-Ladenausfluß für alle Wochentage eingeführt wird, um so wenigstens in etwas dem überflüssigen Kohlenverbrauch zu steuern.

Sieben Wästerle wurde auf dem Vertriebsbahnhof Tempelhof entlarvt. Einem hiesigen Kleinfuhrmeister wurden gegen die Felle von einem Manne angeboten, der sich mit einem Mietvertrag auswies. Der Meister schöpfe Verdacht, ging zum Schein auf den Handel ein, zahlte eine ganz geringe Summe an und bestellte den Verkäufer zum Empfang des Restes auf eine spätere Zeit wieder. Unterdessen erkundigte er sich nach dem Verkäufer, stellte fest, daß er einen gefälschten Mietvertrag vorgelegt hatte und machte nun die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam. Diese nahm den Verkäufer fest, als er erfuhr, um das Restgeld abzubolen. Ihre weiteren Nachforschungen auf dem Vertriebsbahnhof Tempelhof, woher die Felle stammten, ergaben, daß dort sieben zur Ausschleife beschäftigten Arbeiter schon wiederholt Wästerwagen erbrochen und ihres Inhaltes zum Teil beraubt hatten. Alle sieben wurden festgenommen.

Eröffnung des deutsch-schwedischen Fernsprechverkehrs. Der Fernsprechverkehr mit Schweden ist über das neue Seelabel Stralsund-Malmö eröffnet. Zum Verkehr zugelassen sind vorerst Berlin (nebst Köpenick und Boitzenburg), Hamburg-Altona (nebst Boitzenburg), Kiel (nebst Colbitz), Lübeck, Rostock (nebst Warnemünde), Schwerin (Medienburg), Stralund und Stralsund. Die Zulassung weiterer Orte bleibt vorbehalten. Ueber die Gebühren geben die Fernsprechämter auf Verlangen Auskunft.

Spurlos verschwunden. Stanislawa Burzynska, wohnhaft Lützener Str. 16, beschuldigt bei Raub, ist seit dem 21. November spurlos verschwunden. Am Mittag des 21. zwischen 12-1 Uhr ist sie noch gesehen worden in der Nähe Sauerstraße, Ecke Stangelstraße, auf dem Wege nach Hause. Die Verschwendung ist 25 Jahre alt, keine Erscheinung, blond, Kleidung: schwarze Kleiderjacke, blauer Mantel mit schwarzen Aufschlägen und blaues Kleid. Nachrichten über die Verschwendung an das nächste Polizeirevier oder an die Mutter Frau Witwe Burzynska, Lützener Str. 11, Seitenstiege 1. Treppe.

Achtung! Oerredbetriebe und Verwaltungen! Angestellten-Anschlüsse! Für den Bereich des früheren III. A. R. und Charlorens sind Abbar-Anschlüsse errichtet. III. A. R. Berlin W 10, Sennitzer Str. 3, Geschäftsführer Heßlich; Charlorens Berlin O 2, hinter dem Gleisbau 3, Geschäftsführer Liebman. Diejenigen Dienststellen, welche ihren Sitz im Bereich der obgenannten früheren Kreise haben, jedoch denselben nicht unterstellt sind, werden sich zwecks Anmeldeung sofort bei der Ala, Zuggruppe 3b, „Siebener-Ausflug“ Berlin SW, Besselallee 16, 11.

Der Deutsche sozialistische Studentenbund ist nicht, wie die „Freiheit“ meidet, zum 6., sondern zum 12. bis 14. Dezember nach Leipzig einberufen; der Gewer Kongress ist verschoben.

Verloren braune Lederhandsahe am Sonntag, vormittags gegen 9 Uhr, im Straßenraum von der Linie 1 (Inhalt ca. 52 R. und 10 Pfennig). Da Verlierer Schwerkrankenbedürftiger und durch obermäßige Straftatung infolge der erlittenen Verbannungen seit längerer Zeit ohne Beschäftigung ist, wird der ehrliche Finder gebeten, die Sahe gegen Belohnung bei Frau, Berlin NO, Strausberger Str. 7, abzugeben.

Sirtus Busch. In der kommenden Sonntagnachmittagsvorstellung wird zur Freude der Jugend wiederum das Märchenpiel „Achenbrödel“ im Hinblick an das bevorstehende zirkuläre Novemberprogramm zur Auf-

XXIV. Blumen und schmutzige Finger.

Zum zweitenmal erschien Asbjörn und der für Polizeibeamte charakteristisch ist, erfuhr er auch jetzt sofort, wie rein und ordentlich alles in der kleinen Häuslichkeit gehalten war. Es sah aus, als ob die Angst und Aufregung der letzten Tage den Sinn für Sauberkeit bei der jungen Frau nicht im geringsten beeinträchtigt hatte, sogar frische Blumen standen auf den Tischen.

Blumen! Krug blieb auf der Schwelle stehen und ließ die anderen vorangehen. Er blieb stehen und betrachtete die Blumen. Es waren ungewöhnlich zahlreiche und ungewöhnlich schöne Blumen. Erst als der Arzt sich gegen Krug mit einem Gruß näherte, konnte der Detektiv sich von seiner Bewunderung für die schönen Blumen losreißen. — eine Bewunderung, die Keller so unangebracht vorkam, daß er seinen Freund vorwurfsvoll ansah.

Der Arzt sagte: „Hier ist nichts mehr zu machen — ein Schuß durch die Schläfe — der den Tod sofort herbeigeführt hat. Ich werde später meinen ausführlichen Rapport einreichen.“ „Der hat nach Ihnen geschickt?“ fragte Krug. „Der Arzt deutete auf's Nebenzimmer.“ „Der da drinnen“, sagte er, „ein großer, dicker Mann, sein Vater, wie ich annehme.“

Als Krug ins Nebenzimmer trat, war Keller bereits im Begriff, den Toten zu untersuchen.

Krug blieb in der Tür stehen und nahm das Zimmer in Augenschein.

Es war etwas kleiner wie das erste, offenbar eine Art Ankleidezimmer in sehr anspruchslosem Stil. Das Zimmer hatte zwei Fenster, eins zur Straße und eins zum Hof. In dem Fenster zum Hof hatte Schumann 314 Clara Singer gelehrt, als sie zu Tode erschrocken um Hilfe schrie. Beide Fenster standen offen und der feuchte Wind strich durch's Zimmer und machte die Stimmung drinnen noch ungemütlicher. Die Luft wurde immer dunkler, der Regen war nicht mehr fern. Der Arzt war gegangen, und außer Krug und Keller hielten sich nur noch zwei Menschen im Zimmer auf. Der eine war der Birt vom „Vergoldeten Pfau“, der riesige Restaurateur Whist, der mit seiner ungeheuren Körperfülle

führung gelangen. Die letzter hat auch am Sonntagnachmittag wieder jeder Ermahrene die Berechtigung, ein angehöriges Kind frei einzulassen. Ab kommender Woche haben Dienstag und Freitag wieder internationale Fortspiele statt. Das Spielprogramm fällt an diesen beiden Tagen vollständig aus.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung beriet gestern den Antrag der hauptsächlich aus Deutschnationalen bestehenden „Neuen Fraktion“, angesichts der Wohnungsnot solle der Magistrat bei der Reichsregierung auf ein Gesetz zur Verhinderung der Einwanderung von Ausländern und zur Abweisung lüftiger Ausländer dringen. Die Begründung hob hervor, auch der Wohnungsverband Groß-Berlin habe schon sich dafür ausgesprochen, daß bei Wohnungsmangel lüftige Ausländer abzuweisen sind und nötigenfalls sogar Polizeigewalt gegen sie angewendet werden soll. Auf die Bedenken, die man gegen ein solches Vorgehen — so nötig sonst Abhilfemaßregeln gegen die Wohnungsnot seien — doch haben müßte, wiesen die Redner der Sozialdemokraten und der Unabhängigen hin. Einer der Unterzeichner des Antrages machte das Verständnis, daß hauptsächlich die Furcht vor der drohenden Wohnungsbeschlagnahme ihn diktiert hat. Den Bürgerlichen wurde von den beiden sozialistischen Fraktionen vorgehalten, wie wenig bisher von ernsthaften Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu merken gewesen ist. Den Antrag befürwortete auch der Magistrat, und die bürgerliche Mehrheit einschließlich Demokraten nahm ihn an.

Eine vor längerer Zeit gestellte Anfrage der Unabhängigen wegen Wählhände in der Schöneberger Kinderheilstätte Waldbirum war damals zurückgelassen worden. Nachdem die versprochene Untersuchung beendet war, forderten jetzt die Deutschnationalen den Magistrat zur Auskunft auf. Stadtrat Rabenow erklärte, die Deputation habe einstimmig ein festgestelltes angelehnt, daß die Anzahl gut geleitet wird und erhebliche Unzulänglichkeiten nicht vorgekommen sind. Die Deutschnationalen hielten, wie in der Debatte festgestellt wurde, sich der Sache aus agitatorischen Gründen bedächtig. Sie brachten eine Begründung wegen der durch die sozialdemokratische Fraktion vorgenommenen Aufhebung der Standhaften Zustände in der vom Geist der „Kommunisten“ durchwehten Anstalt „Jugendhilfe“. Zeigen wollten sie, daß es anderwärts auch nicht besser sei. Zur Sprache kam auch, daß Oberbürgermeister Dominicus und seine Gattin sowie die Gattin des Stadtrats Rabenow dort wegen Überfüllung der Hotel eine Pension gegen Entgelt in der Anstalt wohnhaft haben und beschäftigt worden sind. Die Deputation hat beschlossen, daß eine derartige Einquartierung sich nicht wiederholen darf.

Tempelhof. Gemeindevertretung. Die Sozialreformkommission berichtete, daß sie einen Antrag der Arbeiter-Autonomiekommission nicht zustimmen kann, da eine Rentabilität ausgeschlossen erscheint. Das öffentliche Anschlagewesen wurde bis 31. März 1921 weiter an die Firma Strauß, Charlottenburg, verpachtet. Einem Anschlag Tempelhofs an das Hochpostamt hat die Oberpostdirektion ihre Zustimmung verweigert. Die erneute Beschäftigung über die Leitung der neu zu errichtenden fünfzehn Gemeindefunkstellen nach langer Debatte mit der Ausnahme eines Antrages des Genossen Wittauer: Die Leitung wird nach den Grundfähigkeiten der kollegialen Schulleitung eingerichtet. Die Mittel für einen Antrittsfest für begabte Volksschüler zum Übergang auf die höheren Schulen wurden bewilligt. Ebenso wurden 15 000 R. bewilligt, schulpflichtigen Kindern von Kriegsbekämpften, von im Kriege Gefallenen und von noch in Gefangenschaft befindlichen eine Beihilfe gewährt zu können. Den Mitgliedern der bisherigen freiwilligen Feuerwehren wurden aus Anlaß der Ueberführung dieser in eine kommunale Berufsfeuerwehr einmalige Geldpenden als Äußerer Zeichen des Dankes bewilligt. Die Wechsellagerung und Bewilligung eines Gehaltsvorstufes für Bediente und ständige Angestellte wurde dem Antrage gemäß beschlossen. Die Entschädigung der Verträge dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark wurde zugestimmt. — Bei dem sodann zur Verlesung kommenden Dringlichkeitsantrag „Dem Arbeiter werden die Mittel entzogen, ebenso wird ihm kein Raum mehr zur Verfügung gestellt und die Entschädigung der Aktien umm. verweigert“ kam es zu einer zweifelhafte Debatte, in der hauptsächlich die beiden sozialdemokratischen Parteien miteinander abregneten. Die unabhängigen Gemeindevertreter plaidierten für die Auflösung des Arbeiterrates für einen weiteren Ausbau derselben. Endlos waren die persönlichen Auseinandersetzungen. Schiffe Gen. Ewald erklärte schließlich, daß noch Einführung der Demokratie im Staat und Gemeinde die Arbeiterrate überflüssig geworden seien; im übrigen seien aber die Auseinandersetzungen nicht gerade von Wert gewesen für die Ar-

das Fenster beschattete, und der, als er Asbjörn ansichtig wurde, förmlich vor Ingrimm schwoh und schrie: „Sie! Sie! — Sie!“

Mit diesen Worten brühte er so deutlich, wie es ihm möglich war, seinen Abscheu und sein Bedauern über das Geschehene aus. Der Wortvorrat dieses Kolosses schien ungewöhnlich beschränkt zu sein und schien seinen Gefühlen nicht Luft genug zu schaffen, so daß er laut pläpte.

Krug trat auf ihn zu und ließ eine Hand in eine regenfeuchte Fata der Gewitterwolke verschwinden.

„Wir sind hier, um Klarheit in das Vorgefallene zu bringen und das Verbrechen zu rächen“, sagte er, „und brauchen Sie darum nicht böse zu sein.“

„Nein, nein“, brummte das Morgengewölle, „aber selbst wenn ich Ihr Gestalt im Pfau gesehen hab, ist all dies Unglück über uns hereingebrochen.“

„Doch nicht alles“, antwortete Krug, „denn es hatten sich schon Dinge zugezogen, bevor ich mich dort zeigte.“

Krug wußte, daß das Morgengewölle diese Bemerkung nur halb verstehen würde, er haite aber Lust, ihm in die Augen zu sehen. Sie glänzten grimmig wie immer in diesem gewaltigen und unnatürlichen Kopf, gleichzeitig aber drückten sie in diesem Augenblick eine gewisse Hilflosigkeit aus.

Darauf wandte Krug sich an den Zweiten, der sich im Zimmer befand.

Wilde gegen die Fensterposten gelehrt, während sie mit ihren bebenden Händen die klatternde Gardine zurückzuhalten versuchte, stand Clara Singer.

Krug sah sie sanft am Handgelenk und führte sie sorgsam ins Nebenzimmer, wo sie wartete. Sie ließ sich willig führen, es war, als ob sie ein gewisses Vertrauen zu ihm gefaßt habe.

„Können Sie sich das Geschehene erklären“, fragte der Detektiv.

Sie schüttelte nur den Kopf.

„Nein“, antwortete sie hilflos. „Ich war ausgegangen, um Milch fürs Kind zu holen, das im Schlafzimmer schläft. Charlie lag auf dem Sofa und las. Er war gerade von der Polizei zurückgekommen, wo er sich ja jeden Tag melden muß. Ich kam mit der Milch zurück, öffnete die Tür zum Schlafzimmer und das Kind schlief noch immer. Es schläft auch jetzt noch.“

„Wollen Sie es sehen?“

(Fortf. folgt.)

„Enthüllungen.“

Man schreibt uns aus Leherkreifen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat Freude am „Enthüllen“ gefunden. Sie „enthüllt“ jetzt unter der fetten Ueberschrift: „Die Korruption in der sozialdemokratischen Partei“ angelegte „Zustände“ in der sozialdemokratischen Lehrerschaft. Sie macht das, indem sie aus einem noch form und Inhalt allerdings unverantwortlichen Artikel des Gen. Drange in der „Neuen Erziehung“ wahllos und sinnlos allerlei Sätze aus dem Zusammenhang reißt. So wird aus dem internen Kampfartikel zwischen zwei Organisationen (dem Mißverband der sozialistischen Lehrer und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer) scheinbar eine allgemeine Anklage gegen die sozialdemokratische Lehrerschaft, die nach Würden und Ämtern strebe und durch Parteigelder sich zu irgendwelchem Zweck mißbrauchen lasse.

Die angebliche Kennerung des Ministerialdirektors Genossen Wenzel, in der er auf der Gründungskonferenz der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ mit Ämtern und Würden „gewinkt“ haben soll, ist schon vor rund einem halben Jahr demontiert worden. Und jeder, der auch nur eine leise Ahnung von den jetzigen Zuständen hat, wird wissen, daß unsere Lehrer Genossen auf schwer umlängten Vorposten stehen, und daß Ueberzeugungstreue, Mut und Selbsteropferung dazu gehören, um hier bei der Fahne zu bleiben. Die Vorwürfe, in Konjunktur zu machen, ist angesichts der tatsächlichen Verhältnisse ebenso erlogen wie sinnlos. Aber die Leute um die „Deutsche Tageszeitung“ kennen anscheinend keinen anderen Grund für politische Ueberzeugungen als die Konjunktur — sie müssen es ja wissen!

Von den „Parteigeldern“ brauchen wir wohl nicht erst zu reden. Es bedurfte nicht erst dieser „Enthüllungen“ über die „Korruption in der sozialdemokratischen Partei“, um zu wissen, daß unsere Partei allerdings ihre Gelder auch für die Bildungsbestrebungen in der Arbeiterklasse und für die Jugendbewegung verausgabt. Die Deutschnationalen pfeifen ja allerdings auf solche Bildungsbestrebungen; für den „Unterricht“ im alten Obrigkeitssinn war die Bildung ein höchst überflüssiges und sogar gefährliches Möbel. Aber Parteigelder für die Jugendbewegung — liebe „Deutsche Tageszeitung“, ist dir so etwas wirklich etwas Fremdes und ganz Unerhörtes? Der „Deutschnationale Jugendbund“ finanziert sich offenbar durch die Spargroschen der streikenden Schüler — und der „Deutschnationale Lehrerbund“, der unlängst in der Velleuerstraße aus der Taufe gehoben wurde, bestreitet seine Propaganda aus der Tasche der fürzlich bezahlten Volksschullehrerschaft! Es lebe die Partei ohne „Korruption“!

Kadauheldentum der Baltikumabenteurer.

Die Provokationen der Truppen des Korps Plehwe in Memel — Uebergriffe gegen die dortige Bevölkerung und Verhaftungen dort anwesender Ententeoffiziere — haben den General Kiesel, den Führer der Ententeoffiziere für den Baltikum, zu der Drohung veranlaßt, er werde von den Schiffen Feuer auf die Stadt eröffnen, wenn sich ernstere Zwischenfälle ereignen. Deutscherseits ist eine Untersuchung über Vorgänge, besonders über die tödliche Verletzung eines französischen Offiziers in Sadowitz, eingeleitet worden. General Kiesel hat sich daraufhin bereit gefunden, das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, ehe er weitere Maßnahmen trifft.

Wir fordern mit allem Nachdruck, daß die Ausschreitungen der Baltikumabenteurer mit aller Schwärze geahndet werden. Ist es doch eine grenzenlose Privolität, mit solchen unüberlegten Uebergriffen nicht nur eine deutsche Stadt der Gefahr der Beschädigung auszusetzen, sondern auch diplomatische Schwierigkeiten heraufzubefördern, die von den peinlichsten Folgen begleitet sein könnten.

rarisch durchsichert. Ein schreiender Trudel im „Kassenschaubau zum Baum- und Laub“ (mehr im gemächlichen Gange als in manch Einzelnen von drastischer Inszenierung), drei Schemata mit überirdisch schwebenden Repliken und viel wirrigen Bildern (in einem „kleinen Kutschhaus“ des Staatsbürger) u. a. das Gebot: Du sollst keinen anderen Kuss haben neben ihm!, eine farbenprächtige Abhandlung über „Klassische Beziehungen zur Mittelstandsklasse“, ein satirischer Philistertypus, worin Beziehungswort ebenfalls von Kollidieren wie von Goethe und anderen Dichtern (Hofmeister) die Rede war („Die deutsche Mittelstandsklasse ist die Geburt der Tragödie aus dem Willen zur Ohnmacht“, „Den Versuch von allem hatte man zwar gratis, er machte aber nicht bloßschick“), zwischen Mottem und Platten irgendwo ein Stich wider Goethe, Hofmeister, Dindring und sonstige Kollidier, anderwärts der Spruch laudender Erkenntnis: „Wir sollen nicht vergessen, daß ganz Europa intellektuell verarmt ist“ Illusionäre und Idealisten aller Farben, bis herauf zu den Jünglingen, den Expressionisten, wurden von den Dämonen bestempelt. Alles Heilige sinkt verachtet unter ihre Füße. Ihre Jugend kennt (als Mittel zum Zweck der Verhöhrnispelung jeglicher Völkerverehrung) nur ein Idol, für das sie lärmend in groteskem Anpreisen die Pause bearbeitet („Wir können den einzelnen durch die stille Form zügelten Werbens“); nur ihren Dada kennt sie als höchste Instanz, diese Allmacht, den ihr Geist am Sonntag aber leider niemals opferte mit Einfällen, die irgendmann einmal unabhängig vom Papier aufgedacht hätten.

Daß dieser neue Zeitgeist von allerlei begeißelt Dingeriffen des Publikums für einen Liebhaber primitivster Hauschüssel, melobisch gehalten wurde, gehörte zwar nicht zum Programm, aber eben so wie das Befassensampeln doch zur Lebensphäre dieser Kulturäußerung bürgerlicher Intelligenz. Nicht wenige Besucher nahmen wohl die Sache in der Tat für nicht mehr als einen ausgebotenen „Werk“, der den Jwed hat, Füße über Tisch und Pönte springen zu machen. Doch diese Wirkung war den Veranstalter nicht fern (nach gewissen „Sermon“-Aussagen) und würde sie ganz und gar nicht.

Ein Augengraber-Abend findet am 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Lesing-Museum statt. Hermann Kienast spricht über den Völkedüster, der vor 30 Jahren hier, von Orloff hier und seinen Berufen und Marpot Bauerland singt wieder aus seinen Völkstücken.

Theater. Am Lesing-Theater findet die zugunsten der bürgerlichen Kinder Wiens stattfindende Soubrettenführung von Ungenrubens „Der Herr von Ritzschel“ am 11. Daz. statt.

Musik. Am Konzert der Kammermusikvereinigung der Stadt operapelle am 3. Dezember, 7 1/2 Uhr, in der Singakademie kommen Bergarts musikalischer „Spuk“, „Kassenschaubau“, „Kassenschaubau“, „Kassenschaubau“, „Kassenschaubau“ zur Aufführung.

Die Himmelska hat sich aus Kreisen der Dichter, bildenden Künstler, Bühnenkünstler zur Unterstützung auf die Entdeckung des Schauspielers zum Guten gestellt. Am Kunstgewerbemuseum werden am 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, die Ziele der Liga unter Vorsitz von ausserwählter Rime vorgelegt. Paul Wegener spricht über künstlerische Möglichkeiten im Schauspiel.

Ueber Maschine, Beruf und Seele spricht Erich Fromm im Saal für Kulturpolitik am 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Lesing-Museum, Berlin O., Preßstr. 13 (Spittelmarkt).

Bilderausstellung. A. O. Neumann, Karlsruherstr. 232, stellt die Bilder und Zeichnungen des 1917 gefallenen Kaisers Konrad Beyer aus. Eintritt frei.

Nicht nur in Berlin...

Die Reaktion erhebt ihr Haupt; das wissen wir. Aber nicht nur in Berlin gibt es alldeutschen Kummel; die Provinz, besonders das reaktionäre Hinterpommern, kann hiervon ein besonderes Liedchen singen. So in Stolp i. Pom. Man hält nicht nur Pferdeberennen mit föllischen Werben ab; nein, das Offizierkorps der Blücherhusaren hält unabweisbar die Kreuze zu Ihrer Majestät der Kaiserin. Nachstehender Zeitungsausschnitt mag dies illustrieren:

Die Kaiserin an die Blücherhusaren.

Anlässlich des Geburtstages Ihrer Majestät der früheren Deutschen Kaiserin war vom Offizierkorps der Blücherhusaren nachstehendes Telegramm gefandt worden:

Ihrer Majestät der Kaiserin

Amerongen,

Eurer Majestät sendet in unwandelbarer Treue die ehrfurchtvollsten Wünsche zum Geburtstage des Offizierkorps der Blücherhusaren.

Hierauf ist beim Regiment folgende Antwort eingetroffen:

Amerongen, den 3. 11. 19.

An das Offizierkorps der Blücherhusaren

Stolp.

Ihre Majestät die Kaiserin und Königin haben über das treue Bedenken Ihres Geburtstages sich sehr geäußert und mich zu beauftragen geruht, den Ausdruck Allerhöchster Ihres besten Dankes zu übermitteln.

Im Allerhöchsten Auftrage:

v. Dommies, Generalmajor.

Das sind die Beschützer der deutschen Republik!

Schützt die Republik!

Der Republikanische Führerbund veranstaltete am gestrigen Montag Abend eine große Versammlung in den Germania-Hallen. Das erste Referat hielt Redaktionschef Riedel. Sodann sprach Genosse Weiss. Er führte aus, daß die schon vom Vorredner erwähnte Marinebrigade Löwenstein in den höheren Schulen Verstand ein um reaktionären Putsch aufforderndes Flugblatt verbreite. Zum Schutze der Republik gebe es in Deutschland nicht einen Mann zueif. Wenn eine konterrevolutionäre Welle über uns hinwegginge, so würden wir unendlich viel verlieren. Es würde sehr viel Bürgerblut fließen und der Sieg der Reaktion würde die Diktatur der alten Reaktion sein. Der Redner ging sodann auf die Verhandlungen vor dem Untersuchungsamt ein und sagte, daß Kubendorff eigentlich dem deutschen Volke dafür danken müsse, daß es mit ihm so glimpflich verfahren sei. Die Klagen der deutschnationalen Partei seien lediglich agitatorische „Mache“ gewesen. Die Alldeutschen hätten und in das blutige Abenteuer im Baltikum hineingehert und verbrecherische Offiziere hätten das ihrige hierzu getan. Die heutige Regierung sei schlichtlich nichts anderes, als die Kontroversverwaltung des alten Systems. Der Wahnwitz des heutigen Tages, „Schützt die Republik!“ soll an das ganze Volk gerichtet werden. Die Reaktion könne erdrückt werden. Wenn das Begehren zur Republik von allen republikanischen Kreisen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit mit Stärke betont werde. Man dürfe innerhalb der deutschen Militärformationen nicht darauf warten, daß das Heil von oben komme. Die republikanische Idee müsse aus der Masse der Angehörigen der Formationen die Truppenkörper durchdringen. Der Appell „Hinein in die Einwohnerwehren“ müsse die gesamte Arbeiterklasse und alle, die sich zur Republik bekennen, dazu bringen, wenn es not tut, zum Schutze der Republik Waffen zu führen. Wenn die Arbeiter die Waffen haben, gehen die Pistolen der anderen Seite nicht los.

Gehebelter Ruschke (Dem.) betonte, daß es Momente gebe, wo alles zusammenfallen müsse. Man müsse insbesondere an die U. S. P. die Frage richten, ob denn das gleiche Wahlrecht, das erlangen sei, nur ein Pappentitel wäre. Zurzeit sei alles, was die neue Epoche gebracht habe, schwer gefährdet. Was uns die Reaktion im Baltikum gebracht habe, sei ein Verbrechen obnegleichen. Wenn die Regierung versagt haben sollte, so würde in nächster Zeit in der Nationalversammlung eine entschiedene Prüfung vorgenommen werden.

In seinen weiteren Ausführungen wies Ruschke auf das Zirkular einer „Nationalen Vereinigung“ hin, die mit allen Truppenteilen und ihren Führern in Verbindung treten will. Ihr Führer ist — der Hauptmann Papst. (Große Bewegung.) Diese Vereinigung verbreitet auch die Forderung, „Einst und jetzt“ über die sich Kasse in der Nationalversammlung sehr bejehert hat. Aber trotz der Beschlagnahme findet die Vereinigung immer noch Mittel, die Propaganda weiter zu verbreiten. Mit den Worten eines jüngst veröffentlichten Gedichtes müsse auch er fragen? „Jussum ponitur?“ (Stämmische Zustimmung.)

Der nächste Redner, Leutnant R. Müller-Brandenburg, machte u. a. folgende aufsehenerregende Mitteilung: Der Kommandeur der Reichswehrtruppe 1, General Lütjohann, habe seine Stabs-offiziere versammelt, damit sie sich erklären, wie sie sich zu einem militärischen Putsch gegen die Regierung stellen. Nur ein Offizier habe sich gegen diese sonderbare Art der Befragung verweigert.

In der Diskussion sprachen noch eine große Anzahl Redner. Mehr als 100 Militärpersonen aller Führergrade erklärten ihren Beitritt zum Führerbund.

Zur Eingemeindungsfrage.

Hier bestehen außer in Berlin noch in Charlottenburg, Wilmersdorf, Friedenau, Steglitz, Tempelhof, Weiskes, Neuland, Lichterfeld, Pantom und anderen Orten Gewerbe- und auch Kaufmannsgerichte. Beim der Gezeitenwurf ihre Zusammenfassung zu einem Zentralgericht in Berlin vorsteht, so muß Inanspruchnahme und praktische Durchführbarkeit auf die Dauer von vornherein verneint werden. Hauptgründe sind: arbeitsgerichtlichen Bezugs sind, Unklarheit, Edelkeit und Entdeckung durch noch und noch weitere. Eine Zentralisierung wird die Gerichtsbarkeit verteuern, was doch vermieden werden soll. Für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in den angrenzenden Vororten wohnen, wird ein Gerichtsbesuch ein verlorener Arbeitsstag sein.

Bisher haben die streitenden Parteien Gelegenheit gehabt, bereits im ersten Termin Zeugnisse zur nahen Gerichtsstelle umgelassen mündlich. So daß nur selten Zeugnisbüchsen in Betrocke kamen und die Streitfälle im ersten Termin erledigt wurden. Bei einer Zentralisierung und Erledigung aller Streitfragen in Berlin wäre das für Betrockene nicht mehr möglich. Hier wird ständig die Ladung durch Gerichtsbesuch, erfolgen müssen, was mehrere Termine und Unkosten noch sich zieht.

Ganz besonders wichtig ist die genaue Kenntnis der örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Richter, was bei einer Zentralisierung, selbst unter Berücksichtigung des Kammerrechts, zum Schaden der streitenden Parteien bezogen geht. Auch den Beamten ist es jetzt möglich, auf Grund der jahrelang gesammelten Erfahrungen am Orte und Kenntnis der vorhandenen Verhältnisse durch telefonische Rückfragen einen großen Prozentsatz zu erledigen. Am Vergleichstermin werden weitere sofort ausgesprochen. Diese Erfahrung und Kenntnis ist es, die den Richtern über den Berufsrichter hinweghebt und ihm den Vorwurf der Weltfremdeit erspart.

Da Reichsrecht von Landrecht geht, ist es fraglich, ob sich die Zentralisierung und die Befestigung der Vorortgerichte durch die Landesgesetzgebung regeln läßt. Erfolgt die Zentralisierung, so müßte nach § 2 der G. O. ein Ortsstatut geschaffen werden, das die notwendige Errichtung von Untereinrichtungen an Stelle der aufgelösten Vorortgerichte vorsteht, oder aber es müßte wiederum ein

Reichsgesetz verabschiedet werden, das die Schaffung von Bezirksgerichten, ähnlich der Amtsgerichte, vorsieht. Also erst einreichen, dann notgedrungen wieder aufbauen; zu solchen Spielereien sind wohl die Zeiten zu ernst.

Unter Clemenceaus Herrschaft.

Der Nationalsozialist Grumbach schreibt der „Humanität“ über die Wahlen in Elsass-Lothringen, Clemenceau habe in Elsass-Lothringen dadurch, daß er alle reaktionären Kräfte gegen den Sozialismus, den er Volkswindem getauft habe, aufgerufen habe, ein wahres politisches Verbrechen gegen Frankreich begangen, denn heute sei der elsass-lothringische Sozialismus sowie die ganze arbeitende Klasse der „befreiten“ Provinzen ohne irgendeinen Vertreter in der französischen Kammer. Was man niemals unter Bismarck und unter den Hohenzollern erlebt habe, sei im Schoße der französischen Republik Wirklichkeit geworden. Man solle jetzt den Versuch machen, sich die bitteren Gesühle vorzustellen, die in diesem Augenblicke die arbeitende Klasse von Elsass-Lothringen befeelen, die nicht vergessen habe, daß sie in Deutschland über ein Drittel der Siege des Reichstags verfügt habe, daß sie am Vorabend des Einzugs der französischen Truppen im November 1918 die Herrschaft in Händen hatte und daß sie heute Kämpfer einer nationalen antisozialistischen Politik sei ohne Vertretung im französischen Parlament.

Bei den Gemeindevahlen erhalten in Straßburg von 88 Sigen die Sozialisten 17, die Radikalen 4, der nationale Block 15. Die Wahl Petrotos zum Bürgermeister erscheint gesichert. In Colmar ist die ganze sozialistische Liste durchgedrungen. In Mülhausen sind 18 Sozialisten und 18 der republikanischen Gruppe gewählt. In Metz sind von den 82 Sigen 27 dem republikanischen Blöde zugefallen, in dem ehemaligen Wahlkreis Georges Weiss als ein mächtiger Durchfall.

Kleine politische Nachrichten.

Gemeindevahlserfolg. In Jena wurden abgegeben: für die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei 6812, für die demokratische Liste 3715, für die mehrheitssozialistische Liste 6706 und für die Unabhängigen 8920 Stimmen.

Sie wollen Bayern werden. Die Volksabstimmung in Koburg lebte den Thüringer Gemeindevahlsertrag mit 2377 Stimmen für Bayern und 3027 für Thüringen ab. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 75 Proz.

Die Kaiser Oberbürgermeisterfrage. Demokraten und Bürgerbund in Kassel protestieren gegen die Absicht der sozialdemokratischen Mehrheit, die Stelle des Oberbürgermeisters ohne Ausschreibung zu besetzen.

Waffenbesitz wurde bei seiner Durchfahrt in Wien bezügl. begrüßt und reiste nachher weiter — bis Passau von einer Skorte Senegalesen geleitet.

Wunsch der Wahrheit? Nach einer Belgrader Meldung habe die italienische Regierung die südslawische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Bormarsch d'Annunzios gegen Spalato verhindern wolle.

Die Tabaksteuer noch nicht in Kraft. Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die neuen Tabaksteuern mit dem 1. Dezember noch nicht in Kraft treten. Eine endgültige Bestimmung über den Zeitpunkt ist noch nicht getroffen.

Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses. Der Untersuchungsausschuss arbeitet zurzeit an einer Verbesserung seiner Weisungen; es treffen also nicht im mindesten die von interessierter Seite ausgesprochenen Gerüchte von einer beschleunigten Einstellung des Verfahrens zu. Auch weiterhin werden öffentliche Vernehmungen, zunächst die von Hindenburg und Ludendorff, stattfinden; über den Zeitpunkt kann allerdings mit Rücksicht auf die Arbeiten der Nationalversammlung noch nichts festgelegt werden. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Bearbeitung des Materials, über das die Zeugen zu vernehmen sind, mehr Zeit in Anspruch nimmt als die Vernehmungen selbst. Die Arbeit des ersten Untersuchungsausschusses, der die Vorgeschichte des Krieges untersuchen soll, ist soweit geendet, daß mit der öffentlichen Vernehmung von Auslandsbürgern voraussichtlich zu Beginn des neuen Jahres angefangen werden kann.

Gegen Eisenbahndiebe und Schieber. Die Erfolgeleistungen der Preussisch-Oesterreichischen Staatsbahnen für verlorene, verdorrene und beschädigte Gegenstände haben im Jahre 1918 nicht weniger als 100 000 000 M. erreicht. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Oeser, hat deshalb die Eisenbahndirektionen von neuem angewiesen, den unerhörten Mißständen ohne Rücksicht auf Kosten oder Bedenken anderer Art entgegenzutreten.

Die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Durch die Infolge der Geldentwertung nominell gestiegenen Gehälter der Angestellten ist die Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte für die übergroße Mehrzahl aller Streitigkeiten praktisch aufgehoben. In fast allen Fällen müssen die Angeklagten den teuren und umständlichen Weg über die ordentlichen Gerichte gehen. Eine Anfrage des Genossen Siebel zeigt die Reichsregierung an, ohne Verzug eine Gesetzesänderung herbeizuführen, durch welche die Zuständigkeitsgrenze der Kaufmannsgerichte entsprechend dem gesunkenen Geldwert erhöht wird. — Eine weitere Anfrage des Genossen Siebel betrifft Mißstände der Betriebspensionskassen.

Der neue Zentrumsvorsitzende. Die Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung hat den Abg. Triandorff einstimmig zum ersten Vorsitzenden gewählt. Zum zweiten und dritten Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Becker und Reichert wiedergewählt.

Das deutschösterreichische Tabakmonopol soll von der Wiener Regierung an holländische Geldgeber verpachtet werden.

Näherung Schwedens. Die deutschen Truppen müssen angeblich bis zum 5. Dezember abmarschiert sein. Die Fristen sollten doch erst von der Ratifizierung laufen.

Rumänien stellt auf den Obersten Rat. Das Regierungsblatt „Bittoral“ schreibt zu den neuesten Notizen des Obersten Rates: „Ueber große Autorität besitzt der Oberste Rat zur Durchsetzung seiner Beschlüsse nicht. Amerika hat seine Zustimmung zum Versailler Frieden noch nicht gegeben, die Lösung des Adriaproblems steht noch aus, und auch der Vertrag mit Oesterreich kann wegen der serbischen und rumänischen Ansprüche nicht ratifiziert werden. Unter solchen Umständen wird man leicht begreifen, daß die Beschlüsse des Obersten Rates niemanden zu erschrecken vermögen, am wenigsten in der Beziehung, die uns angeht. Aber gegen das gefasste Deutschland Senegalesen aller Farben in Paris zu setzen, dazu würde es noch lange.“

Die italienische sozialistische Kammerfraktion wählte Dazgari zum Vorsitzenden. Der Parteisekretär Lombardi erinnerte an die der Wählerliste gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, vor allem das Eintreten für Sonjetturhand. Offenbar wollte er den Honorabilität des Gewissens schärfen. — Am Freitag und Sonnabend haben in Mailand, Turin, Bologna und anderen oberitalienischen Städten Massenversammlungen der Sozialisten stattgefunden, in denen förmlich die Abdankung des Königs und die Ausrufung der Republik gefordert wurde. Der telegraphische Verkehr zwischen Frankreich und Italien ist seit drei Tagen unterbrochen. Der italienische Botschafter in Paris teilt mit, daß die daraus entstandenen Revolutionsgerüchte grundlos seien.

Die Vorstrafen der Jugendlichen.

Von Amtsrichter Franke.

Die im Fluß befindlichen Bestrebungen zur Reform des Jugendstrafrechts werden an einem Punkte nicht vorübergehen dürfen, der wenig beachtet und scheinbar unbedeutend, in Wirklichkeit für die Betroffenen oft von einschneidender Bedeutung ist. Es handelt sich um die Eintragung der Vorstrafen der Jugendlichen in die polizeilichen Strafregister. Es sei einem Jugendrichter gestattet, aus mannigfacher Erfahrung heraus die Öffentlichkeit auf die hier vorliegenden Mißstände hinzuweisen und zu ihrer Besserung anzuregen.

Die Eintragung der polizeilichen Strafregister steht in Verbindung mit dem Strafregister. Nach der jetzt geltenden Bundesratsverordnung vom 16. Mai 1918 sind in das Register aufzunehmen alle Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen und wegen einiger bestimmter Übertretungen, wie Betteln, Gekränktheitswuch und Verwandtes. Ausgenommen sind Verurteilungen wegen Vergehen, wenn nur auf Verweis oder Geldstrafe bis zu 50 M. erkannt ist und der Rückfall nicht wie bei Diebstahl, Hehlerei und Betrug mit verschärfter Strafe bedroht ist. Die Verurteilungen wegen Diebstahls und Hehlerei, die besonders die große Masse aller Verurteilungen Jugendlicher ausmachen, kommen hiernach ausnahmslos in das Strafregister, auch wenn nur auf einen Verweis erkannt ist. Nach den Justizministerialverfügungen vom 29. April 1907 und 22. Dezember 1917 werden nun alle diejenigen Strafen, die ins Strafregister kommen, von hier unerheblichen Ausnahmen abgesehen, von der Staatsanwaltschaft auch der Kreispolizeibehörde mitgeteilt.

Während nun die Eintragung im Strafregister nur bei außerordentlichen Gelegenheiten, vornehmlich in einem neuen Strafverfahren aus ihrer Verborgenheit hervorgezogen wird, ist der Vermerk in den polizeilichen Listen im täglichen Leben von größter praktischer Bedeutung für das Fortkommen des Betroffenen; denn von hier aus wandert er in die polizeilichen Führungszeugnisse, die ja im Leben der Jugendlichen eine große Rolle spielen. Durch die Erwähnung der Strafe im polizeilichen Führungszeugnis wird dem Jugendlichen das Brandmal aufgetragen, das ihn in der öffentlichen Achtung herabdrückt, sein Selbstvertrauen und seine Selbstachtung schädigt und mit dem Geiste des modernen Jugendstrafrechts so wenig vereinbar ist. Wie oft kommt es zur Kenntnis des Jugendgerichts, daß ein ordentlicher und strebsamer Jugendlicher, der bei der Post oder bei der Eisenbahn oder auch bei einer größeren Privatfirma antworten möchte, nicht eintreten kann oder wieder entlassen wird, weil das polizeiliche Führungszeugnis seine vielleicht ganz geringfügige, vielleicht schon mehrere Jahre zurückliegende Verurteilung bloßlegt. Neuerdings hat sich mancher junge Mann vom freiwilligen Eintritt in die Reichswehr dadurch abhalten lassen, daß er glaubte, wenn er bei seinem Eintritt durch Einreichung des polizeilichen Führungszeugnisses seine Vorstrafe offenbaren müßte, sei seine Stellung bei der Truppe von vornherein verdorben. Hier tut Hilfe dringend not. Der Staat darf bei geringfügigen Verurteilungen nicht nachtragend sein, am wenigsten gegenüber einem Jugendlichen, der mit 17 Jahren nicht mehr derselbe ist, der er war, als er mit 14 Jahren einmal strafällig wurde. Der Staat, der dies nicht berücksichtigt, schafft Verbitterung und schädigt die Erziehungsarbeit des Jugendgerichts und der Jugendfürsorge. Die gütigste Strafmilderung, die es jetzt als einziges Heilmittel dagegen gibt, ist nur auf einem beschwerlichen und zeitraubenden Wege zu erlangen.

Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn man sich den ganz verschiedenen Zweck des Strafregisters und der polizeilichen Strafregister vergegenwärtigt und danach den Umfang der Eintragungen verschieden gestaltet. Das Strafregister soll den Behörden über die Vorbestrafung einer Person zuverlässige Auskunft geben. Wenn es darauf ankommt, von einer Persönlichkeit ein getreues Gesamtbild zu erhalten, muß es eine Stelle geben, die seine Straftaten möglichst vollständig registriert. Auch an sich geringfügig erscheinende Jugendstrafen dürfen dabei nicht übersehen werden, da sie vielleicht im Zusammenhange mit anderen Vorgängen wesentliche Züge zur Beurteilung der Persönlichkeit beitragen können. Die Ausschließung der Geldstrafen bis zu 50 M. von der Eintragung in das Strafregister muß daher schon als recht weitgehend angesehen werden. Daß die Verurteilungen wegen Diebstahls, Hehlerei und Betruges vollständig eingetragen werden, ist dagegen schon an sich geboten und außerdem auch zur Prüfung des straffähigenden Rückfalls unbedingt notwendig. Gegen Mißbräuche des Strafregisterauszuges schützen Vorschriften über die Beschränkung der Auskunftserteilung. Dagegen sollte in die Papiere, die das Fortkommen eines Jugendlichen im Erwerbseben bedingen, eine Verurteilung nur dann eingetragen werden, wenn sie so schwerwiegend ist, daß es geboten erscheint, die Öffentlichkeit zu warnen oder zur Vorsicht anzuregen. Ganz unangebracht ist es, hier den Gesichtspunkt hinzuversetzen, ob der Rückfall mit besonderer Strafe bedroht ist. Es ist einfach unangebracht, einen Jungen, der wegen Diebstahls oder Hehlerei von 5 M. mit einem Verweis bestraft ist, zu handmarren, während ein anderer Junge, der wegen Unterschlagung von 50 M. zu 50 M. Geldstrafe verurteilt ist, bei der Polizei als nicht vorbestraft geführt wird. Also fort mit dem verkehrten Parallelismus der polizeilichen Listen und des Strafregisters! Und hinaus mit allen kleinen Strafen gegen Jugendliche aus den polizeilichen Listen! Verweis, Geldstrafe und Freiheitsstrafe Jugendlicher bis zu einer Woche sollten nicht in die polizeilichen Führungszeugnisse kommen.

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrung der Holzarbeiter in Stuttgart.

In Stuttgart sind in voriger Woche die Holzarbeiter der Labierindustrie wegen Lohn Differenzen in den

Ausstand getreten. Als Antwort darauf hat nunmehr, wie uns ein Telegramm aus Stuttgart meldet, das dortige Unternehmertum im Holzgewerbe die Arbeiter aller Branchen der Holzindustrie ausgesperrt.

Buchdruckmaschinenweiertag für Brandenburg.

Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister hatte zum Sonntag, den 30. November, einen Maschinenweiertag der Kollegen Berlins und der Mark nach dem Hotel „Deutscher Hof“ einberufen. Der Redakteur des „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ Karl Schaeffer hielt einen Vortrag über: „Aufgaben und Ziele der Maschinenmeister und ihrer Spezialvereine“, der von den zahlreichen Hörern sehr beifällig aufgenommen und in der Diskussion durchweg gutgeheißen wurde.

In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es u. a.: „Von dem Grundgedanken ausgehend, daß nur technisch auf der Höhe stehende Kollegen gleichzeitig gute Tarifkämpfer sind, wollen wir auch weiterhin das Technische hauptsächlich pflegen, wobei wir die Unterstützung aller maßgebenden Faktoren auch im Prinzipal-lager erwarten. In Erkenntnis der gegebenen Tatsachen, werden wir auch fernerhin anstreben, der guten Sache gemeinsam und einheitlich zu dienen. Wir erwarten aber, daß bei der kommenden Neugestaltung des Tarifgesetzes unseren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird. Wir geloben bei Durchführung unserer Forderungen, geschlossen hinter unseren Führern zu stehen, aber auch nicht eher ruhen zu wollen, bis unsere berechtigten Forderungen erfüllt und uns zuerkannt sind. Gleichzeitig halten wir es für zeitgemäß, daß die Spartenbestrebungen im allgemeinen im Verband der deutschen Buchdrucker einheitlicher zusammengefaßt werden, und zwar in der Form von Berufsgruppen als Unterabteilungen der Gesamtorganisation.“

Einigung im Konditoreigewerbe.

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses am Montag kam es über die strittigen Punkte zu einer Einigung. Nur über den Zeitpunkt des Inkrafttretens soll noch in einer Verammlung der Arbeitgeber am Donnerstag, den 4. Dezember, Beschluß gefaßt werden.

Die Arbeitnehmer im Konditoreigewerbe werden zu diesen Beschlüssen am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, in einer bei Schulz, Königsplatz 2, stattfindenden Versammlung Stellung nehmen.

Die bei Innungsfirmen beschäftigten Photographengehilfen nahmen in einer gutbesuchten Versammlung Stellung zu einer neuen Feuerungsanlage. In einem kurzen Referat schilderte ein Kollege die augenblickliche wirtschaftliche Lage sowie die geradezu jammervolle Entlohnung der Photographengehilfen, denen es zum Teil nicht möglich sei, die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Es sei die höchste Zeit, alles in Bewegung zu setzen, daß auch in den Porträtbetrieben endlich ein Existenzminimum erreicht würde. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die bis zum 5. Dezember Antwort verlangt. Die aufgestellte Forderung soll bis zum 15. Dezember geregelt sein mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1919. Sollten von seiten der Unternehmer die Verhandlungen hinausgezogen oder gar unmöglich gemacht werden, so ist der Verband und Gehilfenausschuß beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Forderungen mit allen geeigneten Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Siemens u. Halske Werk. Morgen Mittwoch, 4. Uhr, im Stadtpark, Jungfernbide: Versammlung aller im Werk beschäftigten und noch ausgehertener Kollegen und Kolleginnen. Stempeln der Kontrollkarten in der Versammlung.

Zentralverband der Fleischer. Mitgliederversammlung: Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Charlottenburger Volkshaus, Köpenicker Str. 3. — Bezirk Neukölln-Britz am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, bei Probosta, Neukölln, Sobottastraße 57. — Bezirk Heilmann-Heinersdorf am Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, bei Albert Weber, Heilmannstr. 37, Ecke Streifenstraße. — Bezirk Schöneberg-Friedenau, Steglitz am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, bei Berg, Heurighstr. 16. — Bezirk Prenzlauer-Berg am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, bei Engel, Vantow, Mühlentier.

Zentralverband der Angestellten (Jugendgruppe). Gruppenversammlung Mittwoch, den 3. Dezember 1919, abends 7 1/2 Uhr, in der Neuen Villaharmonie, Wendenstr. 96/97. — Jahrgang 7 (Baren-Kaufhäuser und Spezialgehilfen). Jahrgangsgemeinschaft Mittwoch, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, in den Kahlertallen, Kahlert-Allee-Str. 31. — Jahrgang XV a, A.G.G. - Kongress. Versammlung der A.G.G. Brunnentraye, Mittwoch, den 3. Dezember 1919, abends 7 Uhr, in Lamberts Hof, Berlin N., Schönhauser Allee 129.

Soziales.

Schulvorrichtungen bei Bauten.

Das Aufmauern der Gebäudewände von innen, auf die Ballenlage gestellten Gerüsten aus, also ohne feste Ständergerüste von außen (sogenanntes „Heber-die-Hand-mauern“), bildet für die Bauarbeiter eine große Absturzgefahr. Seit langer Zeit wird daher von den in den Gewerkschaften Deutschlands vereinigten Bauarbeitern ein Verbot des „Heber-die-Hand-mauern“ gefordert und die Anbringung fester Ständergerüste an den Außenseiten der Gebäude verlangt. Diese Ständergerüste sollen, wie im Zusammenhang damit von den Dachdeckern gefordert wird, für die Dacharbeiten stehenbleiben und zum Zwecke des Schutzes der Dacharbeiter hochgeführt und ausgebaut werden. Um diesen Forderungen der Bauarbeiter gerecht zu werden, hat der Minister für Volkswirtschaft den Entwurf einer Bauverordnung betreffend Schulvorrichtungen bei Bauten aufstellen lassen. Darin wird die Ausführung tragfähiger Ständergerüste sowie die Herstellung von

Gerüstböden in jeder Stockwerkshöhe vorgeschrieben. Am dem Unternehmern des Bauunternehmens die Beschaffung des erforderlichen Gerüstmaterials zu ermöglichen, soll zwischen der Veröffentlichung der Verordnung und ihrem Inkrafttreten eine Frist von 2 bis 3 Monaten gesetzt werden.

Gerichtszeitung.

Lumpen statt Butter. Ein raffinierter Schwindel lag einer Anklage zugrunde, welche den vielfach vorbestraften Schloffer Hermann Wich, den Kaufmann Siegfried Sonnenfeld, den Kaufmann Moritz von Feurig, den Fuhrmann Otto Schwarz und den Speditionskaufmann Albert Ritich vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I führte. — Wie die Anklage behauptet, sollen die Angeklagten gemeinschaftlich einen recht raffinierten Betrug in Szene gesetzt haben, indem sie Butterfässer mit Sand und Lumpen füllten und obenauf eine Schicht Butter gossen. Diese Butterfässer wurden dann als beste pommerische Meiereibutter heimlich an Gastwirte und andere Leute für viele tausend Mark verkauft. Vor Gericht war nur Wich geständig und behauptete, daß auch die Mitangeklagten in den Schwindel eingeweiht waren. Diese bestritten jedoch jede Schuld und hatten durch die Rechtsanwältin Schröder, Leop. Meier und Dr. Puppe einen Entlastungsbeweis antreten lassen. Das Gericht kam auch bezüglich der Mitangeklagten mangels ausreichenden Beweises zu einer Freisprechung, dagegen wurde Wich mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu 3 Jahren Zuchthaus, 500 Mark Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Aus aller Welt.

Einstellung der gesamten Elbeschiffahrt.

Infolge des dauernden Anwachsens der Elbe muß demnächst mit der Einstellung der gesamten Elbeschiffahrt gerechnet werden. Der Wittenberger Pegel ist in den letzten Tagen um mehr als 150 Zentimeter gestiegen.

Wich... Nach acht Tagen zum erstenmal konnten die Wiener Krankenhäuser wieder heizen...

Das rote Gesehn. Das neue Vöfener sozialdemokratische Wochenblatt „Tugendlust“ („Volkswirtschaft“) berichtet über den Empfang des Präsidenten Pilsudski in Gnesen und unterstreicht hierbei, daß im Gesehn in Polen, wo offizielle Gastgeber den Ton angeben, in Gnesen das Volk den Chef des Staates begrüßt. Große Mengen von Arbeitern, namentlich Landarbeiter, füllten den Markt und die Straßen; sie trugen Transparente mit Aufschriften, in denen die Aufhebung des Belagerungsstandes, die Auflösung des besonderen Ministeriums für das preussische Teilgebiet, die Verrückung der Grenze, die Verstaatlichung der Forsten, Bergwerke usw. verlangt wurde. Der Abgeordnete von Gnesen, Gen. Wirhinski, begrüßte das Staatsoberhaupt im Namen des Volkes und schwor, daß es wie eine Mauer hinter seinem Führer stehen werde. Das Volk näherte sich Pilsudski herzlich, unmittelbar und ohne Rücksicht auf Etikette und Festprogramm. Pilsudski selbst äußerte sich dahin, daß er in Polen großartig und in Gnesen herzlich begrüßt worden sei.

Menschenfleisch im Kosttopf. Vor einigen Tagen ist in Wien ein achtjähriges Mädchen aus der elterlichen Wohnung verschwunden und vermutlich einem Verbrechen zum Opfer gefallen. Nun erkläre bei der Polizei der Kanalräumer Echaladino und gab an, daß er von seinem Kollegen Raschel Fleisch erhalten habe, welches ihm bedenklich vorkomme. Eine Wäscherin Steiner, welche mit Raschel zusammenhaute, hatte Raschel und Echaladino von diesem Fleisch, das sie für Jungschweinefleisch hielt, eine Kostzeit bereitet. Die Frau des Echaladino schöpfe Verdacht und erbotene Anzeige. Es wurden daraufhin bei den beiden Kanalräumern Nippenstücke gefunden. Der Gerichtsarzt Professor Valerda stellte fest, daß es sich um Menschenfleisch handelte. Es liegt der Verdacht nahe, daß das Kind das Opfer eines Lustmörders wurde, der die Leiche des Kindes zerstückelte. Die beiden Kanalräumer wurden in Haft gehalten, da ihre Aussagen einander widersprochen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen Lichtentbergs. Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Schmiedhardt, Rantfurter Allee 23, Ecke Albrechtsstr., Versammlung. Thema: Wochenschrift. — **Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsverwaltung Charlottenburg 2.** Monatsversammlung, Donnerstag, abends 7 Uhr, Gasthaus Lucanus, Charlottenburg 2, Schillerstr. 4. — **Ortsverwaltung Neukölln II.** Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant „Meiner Ager“, Hermannstraße, Ecke Lepteltstraße. Mitgliederversammlung. Gähle willkommen. — **Versammlung der deutschen Flüchtlinge aus Belgien in Groß-Berlin.** Donnerstag, 4. Uhr, im großen Saal Rosenauer Str. 36 (Häufiger Markt). Nur Mitglieder des Bundes der Auslandsdeutschen, Abt. Belgien, haben Zutritt. — **Märkische Vorträge.** Der am Sonnabend, 6. Uhr, im Hölzchen des Kunstgewerbesammlers, Wein-, Albrecht-Str. 8, stattfindende Vortrag „Vor den Toren Berlins — Alt-Berlin anno 1800 und sein Humor“, von Carl Döle, wird von 100 Lichtbildern in natürlichen Farben begleitet sein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Im allgemeinen milde und vorwiegend wolkig, im Westen Niederschläge, im Osten noch meist trocken und leichter Nachfröhl.

Verantw. für den redaktion. Teil: Walter Müller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Berlin, Unter den Eichen 2. Postfach.

WOTAN
gasgefüllt
Das reinweiße Licht